



Expertisen für Demokratie

Politische Bildung nach Pegida

Christian Demuth

I. Einleitung

II. Wer und was ist Pegida?

1. Wen meint man, wenn man von Pegida spricht?
2. Ein sächsisches, ostdeutsches oder bundesdeutsches Problem?
3. Die Demonstranten
4. Pegida-Unterstützer und Sympathisanten
5. Positionen und Sprache von Pegida
6. Zusammenfassung: Wer ist Pegida?

III. Erklärungsversuche über Pegida

1. Lokale und regionale Ursachen
2. Sozioökonomische Ursachen
 - 2.1 „Dienstleistungs-Proletariat“
 - 2.2 Bedrohte (sächsische) Mittelschicht
 - 2.3 Solide Mitte
3. Gesellschaftliche Ursachen
 - 3.1 Ringen um Identität, Heimat, soziale Anerkennung und Status
 - 3.2 Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
 - 3.3 Misstrauen gegen das Establishment: Politik, Parteien und Medien
 - 3.4 Wutbürgerliches Selbstbewusstsein
 - 3.5 Zusammenfassung: Erklärungsversuche

IV. Folgen für das politische System und die politische Bildung

V. Thesen: Folgerungen für die politische Bildung

1. Strategische Folgerungen für die politische Bildung
2. Zielgruppen und didaktische Implikationen

I. Einleitung

Pegida scheint auf den ersten Blick eine sehr ostdeutsche, sächsische oder gar Dresdner Angelegenheit zu sein. Auf den zweiten Blick wird jedoch deutlich, dass es sich um ein Phänomen handelt, wie es bei unseren europäischen Nachbarn (u. a. Dänemark, Ungarn, Österreich, Niederlande, Frankreich, Schweiz, Polen) und sogar weltweit (USA, Russland) schon lange existiert: Überall dort gibt es rechtspopulistische Bewegungen wie Pegida, die in den jeweiligen Ausprägungen in ihren Ländern enorme Folgen für die politische Kultur, die politische Sprache und die politischen Diskussion haben. In der Forschung und den Medien finden sich zwei Ansätze zur Bewertung solcher rechtspopulistischer Phänomene: Die einen nennen Rechtspopulismus eine antidemokratische, auf menschenfeindlichen und verschwörungstheoretischen Einstellungen beruhende Bewegung oder Argumentationsstrategie, die (vermeintliche) Ängste in der Gesellschaft für die eigenen Interessen missbraucht, sei es in der Regierung oder aus der Opposition heraus. Andere betonen im Gegensatz dazu, Rechtspopulismus bzw. sein Erfolg sei eine Antwort auf nicht angegangene gesellschaftliche Probleme der Globalisierung und postdemokratischer Politik. Die derzeitige Flüchtlingssituation ist in beiden Sichtweisen nur ein Katalysator rechtspopulistischer Zuwächse bei Wahlen und politischem Zuspruch, nicht deren Ursache. Heute wird oft vergessen, dass Pegida vor der massiven Zunahme der Flüchtlingszahlen den größten Zuspruch verzeichnen konnte.

Für die politische Bildung ist es eine zentrale Aufgabe, das Phänomen Pegida genauer zu betrachten, auch wenn es (bislang) nur in Dresden, Sachsen und Ostdeutschland größere Relevanz hat. Selbst wenn Pegida in den nächsten Monaten verschwinden würde, so wären die Einstellungen, Ängste, Argumentationsmuster und Strategien deshalb nicht weg. Es ist offensichtlich, wie NPD, Nazi-Kameradschaften, die „Neue Rechte“ und auch die seit ihrer Spaltung nach rechts gerückte „Alternative für Deutschland“ (AfD) Pegida als Schwungrad für ihre ideologischen und parteipolitischen Ziele nutzen. Gerade die AfD versucht die Pegida-Bewegung zu kopieren, von ihr zu profitieren oder sie gar zu übernehmen.

II. Wer und was ist Pegida?

1. Wen meint man, wenn man von Pegida spricht?

Die Gründer des seit gut einem Jahr stattfindenden montäglichen Aufmarsches haben ihrer Bewegung den Namen „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ gegeben. Wer aber über Pegida spricht, meint oft sehr unterschiedliche Dinge.

Manche meinen die rechtspopulistischen Organisatoren wie Lutz Bachmann oder Tatjana Festerling, deren Reden und Auftritte spätestens seit der Spaltung der Bewegung im Januar 2014/Februar 2015 immer radikaler und aggressiver wurden. Manche meinen explizit die montags mitmarschierenden Nazi-Kameradschaften und rechtsextremen Hooli-

gangs, die bei und neben den Demonstrationen unterwegs sind. Andere fassen Pegida weiter und begreifen das Phänomen als Teil einer europäischen rechtspopulistischen Bewegung, was durch die Einladungen bzw. Lobpreisungen für europäische Rechtspopulisten (u. a. Geert Wilders, Viktor Orbán) bestätigt zu werden scheint. Wieder andere nennen Pegida in einem Atemzug mit allen fremdenfeindlichen, asylkritischen oder rechtsextremen Protesten sowie anderen „-gidas“, die derzeit in Deutschland zu beobachten sind und die in hohem Maße von bekannten Rechtsextremisten organisiert oder beeinflusst werden. Die in Dresden gegründete Bewegung wird so zur Metapher oder zu einem Beispiel des rechtspopulistischen Phänomens und Potenzials in Deutschland.

Wenn andere hingegen über Pegida sprechen, meinen sie deren im Dezember 2014 und Januar 2015 veröffentlichten Positionspapiere, die nicht extrem rechts waren. Viele haben bei dem Begriff „Pegida“ das heterogene Klientel besonders auf dem Höhepunkt der Demonstrationen im Januar 2015 im Blick, für welche die Bewegung eine Projektionsfläche für eigene Probleme, Ängste und Forderungen darstellt, welche die Politik nicht prioritär angehe und sprechen von „besorgten Bürgern“. Viele behaupten, die Organisatoren Bachmann oder Festerling eigentlich abzulehnen,¹ jedoch sei Pegida „momentan eben die einzige Möglichkeit, das Missfallen über die Politik öffentlich auszudrücken“.² Rechts eingestellte Menschen bzw. politisch heimatlose Rechtskonservative sehen Pegida wiederum als Bewegung gegen einen „linken Mainstream“.

Diese Bewertungsvielfalt hatte Konsequenzen: Kritisierte man die Hetze von Pegida als „extrem rechts“ und meinte die Reden und Aussagen der extrem rechten Organisatoren, behauptete Lutz Bachmann, die Kritiker hätten jeden Demonstranten als Nazi bezeichnet – was berechtigterweise Ärger bei potenziellen Sympathisanten auslöste, welche die recht gemäßigten Positionspapiere gelesen hatten. Bezeichnete man den rechten Mob in Heidenau, der Polizisten und Geflüchtete brutal angriff, als „Pack“, bezogen diesen Begriff Pegida-Demonstranten auf sich und riefen: „Wir sind das Pack!“



1. Patzelt 2015.

2. Antwort auf einen Kommentar des Verfassers bei Facebook.

Verteidigte man wiederum die „besorgten Bürger“ oder gab den rechtspopulistischen Organisatoren sogar ein Podium für ihre Propaganda, wie dies die sächsische Landeszentrale für politische Bildung tat, löste dies wiederum zu Recht Empörung aus: Natürlich seien nicht alle Nazis, die dort mitmarschierten, aber viele „normale“ Bürger liefen zutiefst extrem rechten Brandstiftern hinterher; und die Organisatoren seien eben Rechtspopulisten. Wenn manche ferner den Anspruch formulierten, mit den gemäßigten Demonstranten im Gespräch zu bleiben, und wie Sigmar Gabriel eine Veranstaltung der Landeszentrale mit Befürwortern und Gegnern von Pegida besuchten, wurde ihnen vorgeworfen, „zu Pegida“ zu gehen – obwohl die rechtspopulistischen Organisatoren gar nicht bei der Veranstaltung präsent waren. Andere kritisierten wiederum zu Recht, dass auf diesen Dialog-Veranstaltungen eben auch bekannte Dresdner Nazi-Schläger und Ideologen anwesend waren, die den Termin für ihre Wortergreifungsstrategie nutzten.

2. Die Demonstranten

Pegida begann am 19. Oktober 2014 mit wenigen Hundert Teilnehmern. Auf dem Höhepunkt ihres Erfolges im Dezember 2014 und Januar 2015 versammelten sich je nach Zählung zwischen 17.000 und 25.000 Demonstranten in Dresden. Nachdem Bilder von Lutz Bachmann als Hitler-Kopie sowie hetzerische Aussagen aufgetaucht waren, in denen er Geflüchtete als „Dreckspack“, „Viehzeug“ und „Gelumpe“ bezeichnete, spaltete sich Pegida Ende Januar 2015 und die Teilnehmerzahlen pendelten sich auf bis zu 3.000 ein. Angesichts der aktuellen europäischen und lokalen Zuspitzung der Flüchtlingssituation stiegen die Zahlen seit Sommer 2015 wieder auf etwa 3.000 bis 10.000 an. Am Jahrestag kamen um die 19.000 Demonstranten. „Gidas“ in anderen Städten sind hingegen eingegangen oder konnten nie kontinuierlich größere Teilnehmerzahlen binden.

Laut verschiedener Forscher-Teams fand sich bei Pegida in der Anfangszeit (Dezember 2014 bis Januar 2015) ein heterogenes Publikum ein. Die Straßen-Umfragen sind zwar mit großer Vorsicht zu genießen, weil ungefähr zwei Drittel der Demonstranten

eine Befragung ablehnten.³ Gleichzeitig war die Straßenbefragung der einzige und damit legitime Weg, um Informationen über Motivation und Zusammensetzung der Demonstranten zu gewinnen. Zum damaligen Zeitpunkt war der typische Pegida-Anhänger männlich und zwischen 36 und 55 Jahre alt. Die Teilnehmer wiesen in der Mehrheit eine mittlere formale Bildung und ein durchschnittliches Einkommen auf.⁴ Interessant für die spätere Analyse (siehe Kapitel II.2.) sind jedoch die Unterschiede innerhalb der sich an den Interviews beteiligenden Personengruppe: Befragt nach dem letzten Bildungsabschluss, gaben 38 Prozent Real- oder Mittelschule an, 28 Prozent einen Hochschulabschluss, nur fünf Prozent einen Hauptschulabschluss. In Bezug auf die berufliche Stellung bezeichneten sich ungefähr 48 Prozent als Arbeiter und Angestellte, 20 Prozent als Selbstständige und 18 Prozent als Rentner. Auch beim Einkommen war die Gruppe der Befragten recht heterogen. Ein Viertel lag bei einem geringen, für sächsische Verhältnisse aber normalen Einkommen von unter 1.500 Euro netto; 19,4 Prozent verdienten mit einem Einkommen von 1.500 bis 2.500 für sächsische Verhältnisse relativ gut; 11,1 Prozent können als Besserverdienende (2.500 bis 3.000 Euro) und 12,8 Prozent als Geringverdiener (unter 800 Euro) bezeichnet werden. Zudem marschierte eine Gruppe (8,8 Prozent) von sächsischen Spitzenverdienern bei Pegida mit (über 3.500 Euro).⁵

Auch bei der politischen Einordnung sind die Pegida-Anhänger, die sich an der Umfrage beteiligten, auf den ersten Blick heterogen: Die Forschergruppe um Werner J. Patzelt beschrieb bei ihrer Auswertung im Mai 2015 – die Anzahl der Demonstranten war inzwischen bedeutend kleiner als noch im Januar – 50 Prozent der Teilnehmer als eher rechtskonservativ, als „xenophobe Patrioten, rechts von der Mitte; kritisch zur realen Demokratie, patriotisch eingestellt – und wünschen sich weniger Ausländer, gar Muslime, in Deutschland“. 17 Prozent waren laut Patzelt „rechtsradikale Xenophobe“, meist jünger, die Gewalt gegen politische Gegner befürworten und keine weiteren Ausländer oder Muslime mehr in Deutschland wünschen. 30 Prozent seien „bedingt Xenophile, links von der Masse ihrer Mitdemonstranten“, welche Rechtsradikale und Gewalttätigkeit ablehnen und bestreiten, dass Deutschland zu viele

3 Vorländer/Herold/Schäller 2015a: 7. Zum Vergleich der Studien siehe: Reuband 2015: 133-143. Siehe Finkbeiner u.a. 2016.

4 Reuband 2015: 139.

5 Vorländer/Herold/Schäller 2015a: 45-48.

Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge aufnimmt“. Diese Gruppe könnte sich auch friedliche Muslime in Deutschland vorstellen.⁶

Gleichwohl rekrutierte sich laut allen Studien der größte Teil der Teilnehmer zum einen aus dem (Mitte-)Rechts-Spektrum, darunter viele (ehemalige) CDU-⁷ sowie AfD-Wähler, zum anderen aus der Gruppe der nicht Parteigebundenen.⁸ Laut der Forschungsgruppe um Dieter Rucht nahmen die Demonstranten „kein durchgängig konsistentes Antwortverhalten bezüglich rechter und fremdenfeindlicher Positionen ein, neigten aber bei Antworten, in denen eine teils/teils-Position angeboten wird, stark dieser Kategorie zu“.⁹ Pegida-Unterstützer zeigten ein stärkeres Nationalbewusstsein und Vorbehalte gegenüber Fremden.¹⁰ Zwar entsprechen die an der Umfrage teilnehmenden Pegida-Teilnehmer in ihrem soziodemografischen Profil den Normalbürgern, aber „in ihrer politischen Selbsteinstufung sind sie es nicht. Sie sind, gemessen an ihren Wahlpräferenzen und ihrer politischen Selbsteinstufung, konservativ bis rechts, aber nicht rechtsradikal“.¹¹

Der typische Pegida-Anhänger hat „keinerlei Vertrauen in die Medien und wenig Vertrauen in eine Reihe etablierter politischer und gesellschaftlicher Institutionen“.¹² Die Mehrheit der Befragten, wenn gleich unterdurchschnittlich im Vergleich zur gesamten Bevölkerung, unterstützt die Demokratie zwar als Staatsform, aber nur fünf Prozent empfinden die Praxis der Demokratie als positiv – in der Gesamtbevölkerung sind das über 50 Prozent.¹³ Blickt man auf aussagekräftige Facebook-Debatten, so findet man die typischen Aussagen der Politiker- und Parteien-Verdrossenheit: So wird u. a. behauptet, das aktuelle politische System sei keine Demokratie,

die Parteien bedienten sich oder Parteien und Medien seien gekauft. In exzessiver Weise wird hingegen für das Schweizer Modell der direkten Demokratie geworben. Zugleich finden sich bei Pegida viele Unterstützer von Wladimir Putin oder Viktor Orbán. Die Mehrheit der Demonstranten hat „nicht notwendigerweise eine demokratische Gesinnung“,¹⁴ und schon gar nicht ein erkennbares Wissen über politische Zusammenhänge und das Funktionieren der Demokratie,¹⁵ empfinden sich aber als Retter der Demokratie.

Vergleicht man die Daten der Umfragen mit den Ergebnissen der Landtagswahlen 2014 in Sachsen, so findet man einige Parallelen: Dort wählten Männer, Arbeiter und Selbstständige sowie Unzufriedene überproportional die AfD. Deren Wähler sahen sich auch eher auf der Verliererseite (Abb. 1). Ähnliche Einstellungen zeigen sich bei den Pegida-Demonstrationen.

Über die zwei Drittel der Demonstranten, die sich nicht an Interviews beteiligten, kann wenig gesagt werden. Während in der Studie vom Team Hans Vorländer nur ein kleiner Teil von ihnen ihre Ablehnung unfreundlich und politisch begründeten,¹⁶ überwog bei der Forschergruppe um Dieter Rucht als Begründung der Vorwurf der „Lügenpresse“: „Die Ablehner setzten außerdem häufig Wissenschaft und Universitäten mit der ‚Lügenpresse‘ gleich (‚Ihr werdet doch bezahlt!‘, ‚Ihr seid doch alle von der Presse!‘). Nach der Wahrnehmung der Verteiler haben oft ‚besonders aggressiv Aussehende‘ die Annahme der Handzettel verweigert. Das lässt vermuten, dass insbesondere die radikaleren Demonstrierenden (Rechtsextreme, Hooligans) sich nicht an der Befragung beteiligt haben.“¹⁷

6 Patzelt 2015.

7 Siehe: Rucht 2015, sowie Geiges/Marg/Walter 2015.

8 In der Studie von Professor Hans Vorländer gaben 62 Prozent an, keiner Partei zuzugehören; 9 Prozent nannten die CDU, 17 Prozent die AfD; vgl. Vorländer/Herold/Schäller 2015a: 52.

9 Siehe Rucht 2015.

10 Umfrage von Wolfgang Donsbach, Pressemitteilung, siehe: www.menschen-in-dresden.de/wp-content/uploads/2015/01/PM_Pegida_2015_01_23.pdf

11 Reuband 2015: 133-143

12 Siehe Rucht 2015.

13 Geiges/Marg/Walter 2015 und Finkbeiner u.a. 2016.

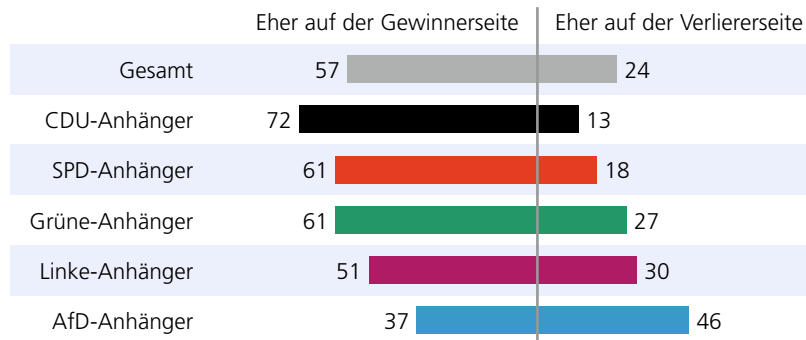
14 Pfahl-Traughber 2015.

15 Frank Richter, zitiert bei Sparrer 2015.

16 Vorländer/Herold/Schäller 2015a: 38.

17 Siehe Rucht 2015.

Abb. 1: Vortagswahlbefragung LTW vom 31.8.2014 in Sachsen: Gewinner und Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung (in Prozent)



Quelle: Daten Infratest, LTW 2014 in Sachsen, Vortagswahlbefragung.

3. Pegida-Unterstützer und Sympathisanten

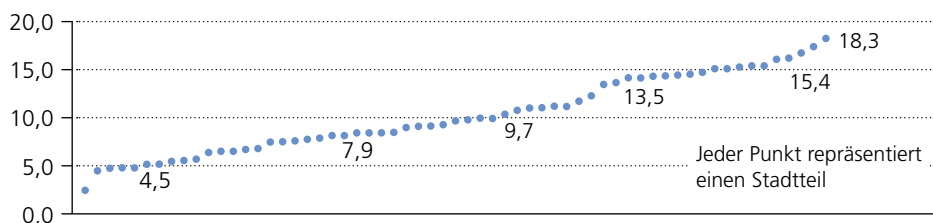
Die Zahl der Unterstützer und Sympathisanten von Pegida liegt weit über der Beteiligung bei den Aufmärschen. Weil die meisten Pegida-Veranstaltungen „nach Einbruch der Dunkelheit stattfanden und in der Regel mit einem Marsch verbunden waren“, beteiligten sich wohl weniger ältere Menschen und Familien.¹⁸

Auch deshalb spiegelt die Zahl der Demonstranten nicht die tatsächliche Unterstützung für Pegida wider. Blickt man auf die Oberbürgermeisterwahlen am 7. Juni 2015 in Dresden, dann sind die zehn Prozent und damit 21.000 Stimmen (doppelt so

viele wie die AfD) ein Indiz für einen festen Unterstützerkreis. In 28 Stadtteilen erhielt die Pegida-Kandidatin über zehn Prozent, in zehn sogar über 15 Prozent der Stimmen. Nur in fünf Stadtteilen erhielt sie unter fünf Prozent (siehe Abb. 2).

Zählt man die AfD-Ergebnisse mit denen von Pegida zusammen, so erhielten rechtspopulistische Bewerber in 15 Stadtteilen Ergebnisse über 20 Prozent, in insgesamt 28 Stadtteilen über 15 Prozent und nur in einem Stadtteil unter fünf Prozent (siehe Abb. 3). Diesen Anteil bestätigt eine repräsentative Studie der TU Dresden, nach der 15,3 Prozent der Dresdner Bevölkerung den Inhalten von Pegida eher oder vollständig zustimmten.¹⁹

Abb. 2: Ergebnisse der Pegida-Kandidatin in Dresdner Stadtteilen bei den OB-Wahlen am 7. Juni 2015

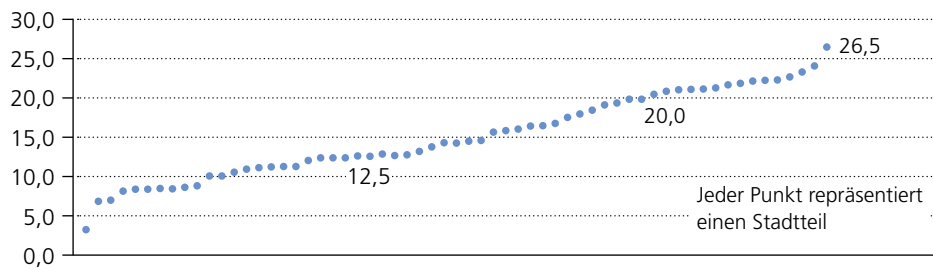


Quelle: eigene Auswertung von Daten der Stadt Dresden.

¹⁸ Rucht 2015.

¹⁹ Stefan Fehser, Eine gespaltene Stadt. Repräsentative Studie der TU Dresden über Einstellungen in Dresden zum Thema Asyl, Dresden Oktober 2015.

Abb. 3: Summe der Ergebnisse der Kandidaten von Pegida und AfD in Dresdner Stadtteilen bei den OB-Wahlen am 7. Juni 2015



Quelle: eigene Auswertung von Daten der Stadt Dresden.

Abb. 4 macht die sehr hohe Korrelation zwischen den Wahlergebnissen rechter Parteien (NPD, AfD) in den Dresdner Stadtteilen bei den Landtagswahlen 2014 und der Summe der Wahlergebnisse der Kandidaten von Pegida und AfD bei den OB-Wahlen 2015 deutlich: Wer schon bei den Landtagswahlen und damit in Vor-Pegida-Zeiten rechts wählte, wählte diese Kandidaten auch bei den OB-Wahlen. Dies bestätigt die Ergebnisse mancher Demonstrationsumfragen: Offenbar handelt es sich in Dresden in der Mehrheit um das klassische rechte Klientel, das Pegida so stark und aus Protest unterstützt, dass es diese Kandidaten wählt oder auf die Straße geht.

Doch Abb. 4 zeigt auch einige Unterschiede und Ausschläge nach oben. Die besten Ergebnisse und vor allem auch die höchsten Ausschläge nach oben im Vergleich zu den Landtagswahlen (rot markiert) erhielten die rechten Kandidaten...

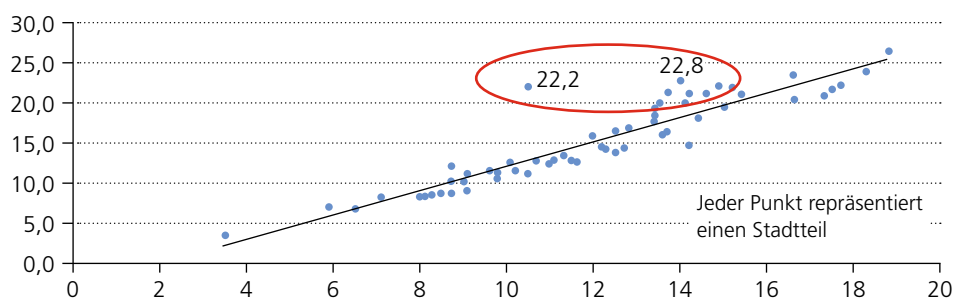
- ... zum einen in eher gut bis mittel verdienenden ländlichen Räumen Dresdens, bislang eigentlich klare CDU-Hochburgen;

- ... zum anderen in eher als sozial prekär geltenden Vierteln und Straßenzügen, die – nicht zu vergessen – in DDR-Zeiten privilegierte Wohnlagen waren. In diesen Stadtvierteln hatten bislang Linkspartei und – im Vergleich zu anderen Großstädten – CDU starke Ergebnisse erzielt.

Bei den Ergebnissen in den Stadtteilen mit besonders hohen Ausschlägen für Pegida besteht nicht überraschend ein starker Zusammenhang zur Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtgebiet. Kandidaten rechter Bewegungen von AfD, NPD und Pegida-nahen Initiativen legten dabei nicht nur in Dresden, sondern auch in anderen Städten zu.

Die Wahlergebnisse machen deutlich, dass Pegida mehr oder weniger latente und manifeste Unterstützung in breiten Schichten der Bevölkerung und in allen Stadtvierteln findet: beim Augenarzt, bei der Physiotherapeutin, beim Friseur oder in der Kantine. Sympathie beinhaltet dabei keine hundertprozentige Unterstützung, weder inhaltlich noch ideo-

Abb. 4: Korrelation der Wahlergebnisse rechter Parteien (NPD, AfD) bei den Landtagswahlen und der Summe der Wahlergebnisse der Pegida-Kandidatin und des AfD-Kandidaten bei den OB-Wahlen jeweils in Dresdner Stadtteilen (Korr=0,92661311)



Quelle: eigene Auswertung von Daten der Stadt Dresden.

logisch. So lehnen viele die Pegida-Kandidatin bei den Oberbürgermeisterwahlen in Dresden, Tatjana Festerling – sie war aus der Hamburger AfD ausgetreten, bevor sie rausgeworfen worden wäre, weil sie für die alte AfD vor der Spaltung zu rechte Ansichten teilte – als zu radikalen „West-Import“ ab, ebenso den ehemaligen Drogenhändler und Einbrecher Lutz Bachmann.

Gleichwohl sagen viele, Pegida sei eben die einzige Gelegenheit, seine Probleme und seine Wut auf die Straße zu bringen. Die Stadtbevölkerung, einzelne Institutionen und sogar Familien sind in zwei Lager gespalten. Die Trennung verläuft tendenziell zwischen westdeutschen Zugewanderten und ostdeutschen Einheimischen, zwischen Jung und Alt, zwischen Männern und Frauen, zwischen Führungs-, Wissens-, Kreativabteilungen einerseits und Technik- und Dienstleistungsabteilungen andererseits, egal ob bei Polizei, Kultureinrichtungen oder der Stadtverwaltung. Zudem wird tendenziell eine Spaltung entlang der Bildungsmilieus deutlich.

Auch wenn sich laut Straßenumfragen sehr unterschiedliche Bildungsschichten an Pegida beteiligten, weisen NoPegida-Demonstranten tendenziell einen formal höheren Bildungsabschluss auf,²⁰ während die Mehrheit der Pegidisten, die sich an den Umfragen beteiligten, einen mittleren Bildungsabschluss hatten. Zudem wurde die Pegida-Kandidatin stark in prekären Stadtvierteln gewählt. Ähnlich wie andere rechtspopulistische Bewegungen wird Pegida also nicht allein „vom oft als ‚bildungsfern‘ bezeichneten Prekariat getragen. [...] Wie der Aufstieg des französischen Front National, der britischen UKIP [...] zeigt, ist der Populismus ein Phänomen der unter Druck geratenen Mitte. Diese wehrt sich gegen die Einstellungen und den internationalistischen Kurs einer als abgehoben wahrgenommenen Elite. [...] Man kann sogar sagen, die Trennlinie verläuft zwischen Gymnasium und Realschule“.²¹ Es droht eine Art neues „Klassenwahlverhalten“²² – diesmal auf der politisch rechten Seite, wenngleich festzuhalten ist, dass in Südeuropa linkspopulistische Parteien reüssieren.

Die Spaltung der Stadt Dresden ist extrem. Kontakte in sozialen Netzwerken wurden ausgesiebt, Kinder verstehen ihre Eltern (nicht mehr), diese nicht mehr ihre Kinder,²³ Arbeitsbelegschaften sind gespalten. Engagierte Gegner von Pegida bekommen Mord- und Gewaltdrohungen. Jene Dresdnerin, welche die rassistischen Aussagen des Pegida-Chefs Bachmann veröffentlichte, aufgrund derer nun wegen Volksverhetzung ermittelt wird, musste den Kontakt zu Verwandten abbrechen. „Mein Leben hat sich komplett verändert [...]. Mit denen [den Verwandten] kann man nicht sprechen. Die sind so von Hass und Neid erfüllt.“²⁴ Im ländlichen Raum scheint eine Mehrheit mit Pegida-Positionen zu sympathisieren, von der wiederum viele in der Stadt arbeiten. Die Hypothese ist sicher nicht falsch, dass in faktisch allen Familien und Freundeskreisen ständig über Pegida gesprochen wird – bzw. Pegida als Metapher für die aktuellen Auseinandersetzungen um Asyl, Flüchtlinge und Politik dient. Nie in den letzten 25 Jahren waren Dresden und Sachsen derart politisiert. Die Spaltung der Stadt zeigen auch die Daten. Zwar zeigt der „größte Teil der Dresdner Bevölkerung (40,6 Prozent) Verständnis und Sympathie für Menschen, die in Deutschland Asyl suchen“, gleichwohl sind 39 Prozent unentschlossen, welche Positionen sie zum Thema Asyl vertreten sollen; 20,4 Prozent sind Asylsuchenden gegenüber feindlich eingestellt.²⁵

4. Ein sächsisches, ostdeutsches oder bundesdeutsches Problem?

Weil Pegida im Westen ein Randphänomen blieb, gilt die Bewegung meist als ostdeutsches, sächsisches oder Dresdner Phänomen. Und legt man die Auswertung der Facebook-Kontakte durch die ZEIT zugrunde, wird dies klar bestätigt: Die Mehrzahl der Unterstützer stammt aus Dresden und Umgebung, Sachsen sowie Ostdeutschland (siehe Abb. 5). Großdemonstrationen mit mehreren Tausend Teilnehmern gegen Geflüchtete fanden außer in Dresden bislang ausschließlich im Osten (etwa Erfurt) sowie vor allem in Süd-Ostsachsen statt (etwa Schneeberg oder Sebnitz). Vor allem im Osten wie in Freital und

20 Geiges/Marg/Walter 2015.

21 Cuperus 2014.

22 Baumel 2015: 118.

23 Siehe Ergebnisse der Fokusgruppen-Gespräche mit Pegida-Teilnehmern, vgl. Geiges/Marg/Walter 2015.

24 Moriz/Hach 2015.

25 Stefan Fehser, Eine gesplante Stadt. Repräsentative Studie der TU Dresden über Einstellungen in Dresden zum Thema Asyl, Dresden Oktober 2015.

Heidenau tobte der Mob auf den Straßen und griff Polizisten, THW-Mitarbeiter oder Geflüchtete an.

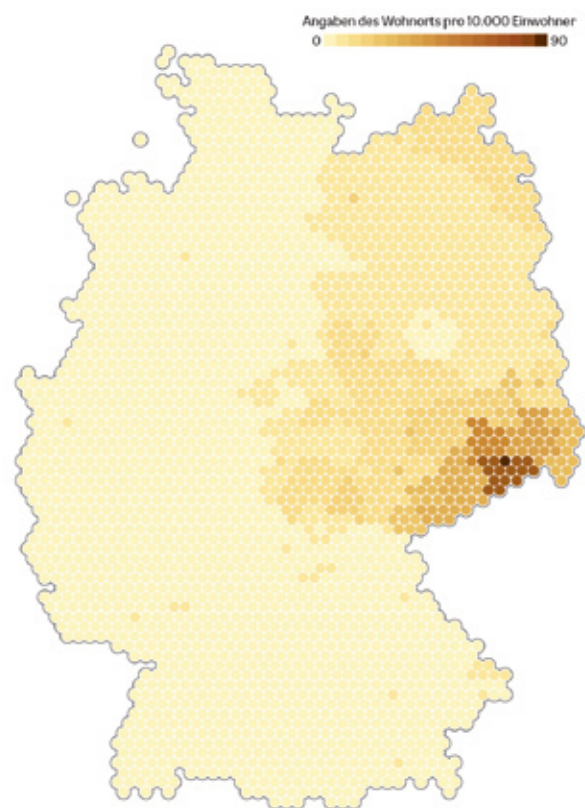
Die „Mitte“-Studien der FES zeigen, dass bundesweit in der „fragilen Mitte“ gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie rechtsextreme Einstellungen seit Jahren stark verbreitet sind.²⁶ Hinter Pegida steckt demzufolge keine neue Entwicklung. Die Einstellungen wurden lediglich zum ersten Mal in dieser Heftigkeit auf die Straße getragen. Allerdings war schon im Rahmen der Veröffentlichung von Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ im Jahr 2011 eine Art „Volksbewegung“ entstanden, die größere Säle bei Lesungen füllte. Die rechtspopulistische Affinität von Teilen der Bevölkerung ist keineswegs nur ein Problem in Ostdeutschland, wenngleich es hier stärker präsent ist als im Westen und sich noch auszuweiten droht. Das Wahlergebnis der AfD in Bremen am 10. Mai 2015 mit einem Stimmenanteil von 5,5 Prozent sowie aktuelle Wahlumfragen machen deutlich, dass rechtspopulistische Parteien auch im Westen Erfolg haben können.

Die Unterschiede bei rechtsextremen Einstellungen ergeben sich eher zwischen wirtschaftlich abdriftenden und aufstrebenden Regionen²⁶ – und im Osten gibt es eben prozentual mehr und konzentrierter prekäre und verunsicherte Bürger und Landstriche, die bereits abgehängt sind oder drohen, abgehängt zu werden. Zudem sagen manche, die Bewegung habe im Westen gerade deshalb keinen Erfolg, weil Pegida als Ost-Phänomen wahrgenommen wird.

Bundesdeutsche Umfragen im Dezember 2014/Januar 2015 haben gezeigt, dass knapp die Hälfte der Befragten (49 Prozent) Verständnis für die Dresdner Pegida-Aufmärsche hatte, im Osten (53 Prozent) leicht mehr als in Westdeutschland (48 Prozent; Emnid 12/2014). 30 Prozent der Befragten antworteten, sie hätten „voll und ganz“ Verständnis für die Anliegen der Demonstranten. 19 Prozent antworteten mit „eher ja“. Ablehnend äußerten sich 23 Prozent (Umfrage von YouGov). Gleichzeitig stellte die klare Mehrheit der Bundesbürger (67 Prozent) fest, dass die Gefahr einer Islamisierung Deutschlands übertrieben dargestellt werde. Nur 13 Prozent aller

Befragten hätten sich gegebenenfalls an Protestmärschen gegen eine Islamisierung beteiligt, wenn sie in der Nähe ihres Wohnorts stattfänden. Die größte Bereitschaft, an solchen Demonstrationen teilzunehmen, findet sich unter AfD- (45 Prozent) und Linkspartei-Sympathisanten (26 Prozent). Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland werden allerdings deutlich: Im Westen sagten im Oktober 2015 nur 34 Prozent (Januar 2015: 44), dass Pegida kein rechtes Gedankengut vertrete, acht Prozent beurteilten Pegida als „gut“ (8) – im Osten teilten diese Meinungen hingegen 61 (57) bzw. 28 (21) Prozent.²⁸ Zehn Prozent aller befragten Wahlberechtigten sagten im Januar 2015, dass sie bei einer Wahl für eine Partei stimmen würden, die den Islam in diesem Land bekämpft; in Ostdeutschland waren es mit 15 Prozent weit mehr als im Westen (neun Prozent, jeweils Forsa).

Abb. 5: Wohnort der Unterstützer von Pegida bei Facebook



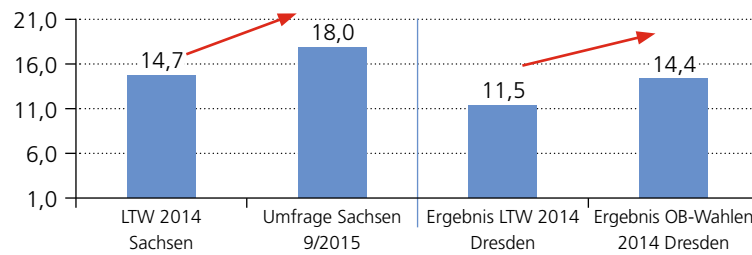
Quelle: Kai Biermann/Paul Blickle/Sascha Venohr 2015.

26 Zick/Klein 2014.

27 Zick/Klein 2014: 38.

28 Umfrage Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Januar I/2015 und Oktober II/2015.

Abb. 6: Vergleich der Wahl- und Umfrageergebnisse rechter Parteien (NPD, AfD) (in Prozent)



Diese 15 Prozent im Osten entsprechen genau dem Ergebnis, das rechte bzw. rechtspopulistische Parteien bei den Oberbürgermeister-Wahlen in Dresden 2015 sowie bei den sächsischen Landtagswahlen 2014 erhielten, wobei letztere vor Beginn der Pegida-Aufmärsche stattfanden. Durch die Pegida-Proteste ist deren Potenzial gewachsen: In Dresden und in Sachsen stieg das Wählerpotenzial um bislang ungefähr drei Prozentpunkte (siehe Abb. 6).

5. Positionen und Sprache von Pegida

Ursprünglich behauptete Pegida, gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ zu sein, nicht gegen Geflüchtete und Ausländer an sich. Über den politischen Hintergrund Pegidas und ihre wirklichen Motive erfuhr man zu Beginn wenig, weil sich die Organisatoren Interviews und Diskussionen verweigerten. Die schließlich veröffentlichten Positionspapiere waren wenig radikal: In manchen Positionen lagen sie nah bei der damals noch weniger rechtsradikalen AfD (etwa „gegen gender mainstreaming“), es fand sich manche rechts-konservative Floskel („Null-Toleranz-Politik gegenüber straffällig gewordenen Asylbewerbern“; „Erhaltung und den Schutz unserer christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur“), aber man forderte auch „sexuelle Selbstbestimmung“ und bestritt, grundsätzlich „gegen hier lebende, sich integrierende Muslime“ zu sein.

Seit der Pegida-Spaltung können die Veranstaltungen und ihre Redner (Geert Wilders, René Stadtkewitz, Götz Kubitschek etc.) klar der „Neuen Rechten“

und dem Rechtspopulismus zugeordnet werden. Die Frage, ob Pegida aufgrund der Abspaltung der Gemäßigten im Januar/Februar 2015 radikaler wurde oder ob die Organisatoren²⁹ schon immer extrem rechts und die Veröffentlichung gemäßigter Positionspapiere von Anfang an taktischer Natur waren, ist interessant, aber für diese Analyse nicht maßgebend. Heutige Pegida-Reden haben nichts mit den früheren Positionspapieren gemeinsam. Im Text vom Dezember 2014 hieß es noch, man sei für „die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und politisch oder religiös Verfolgten“ („das ist Menschenpflicht“) sowie für „eine dezentrale Unterbringung der Kriegsflüchtlinge und Verfolgten, anstatt in teilweise menschenunwürdigen Heimen“. Davon ist schon lange keine Rede mehr. Um gegen den Zuzug von Geflüchteten Stimmung zu machen, verstieg sich Lutz Bachmann sogar zur Aussage, in Syrien gebe es gar keinen Krieg – was bei Pegida für kurze Zeit durchaus ernsthaft diskutiert wurde.

Bachmann agiert ganz nach der Strategie der „Neuen Rechten“, wenn er sich nicht als links oder rechts, sondern als „besorgt“ oder „vernünftig“ bezeichnet oder wenn er die typische Floskel benutzt, man habe „nichts gegen Flüchtlinge oder Ausländer, aber...“, um sich scheinbar von harten Nazis zu distanzieren³⁰. Die „Neue Rechte“ spricht nicht mehr von „Rasse“, sondern von „Kultur“ und warnt doch wie Tatjana Festerling vor einer „Umvolkung der Deutschen in eine europäisch-afrikanische Mischbevölkerung“. Ganz im rechten Jargon formulierte Festerling, „der Sinn jeder wirklichen Politik ist der Selbst-Erhalt des Volkes im Dasein“.³¹ Hört man sol-

²⁹ Siehe etwa Analyse des Blogs Schmetterlingssammlung, <http://schmetterlingssammlung.net/2014/12/17/die-identitaren-und-pegida/>.

³⁰ Siehe Stöß 2015.

³¹ Vgl. u.a. www.freieipatrioten.de/PDFDokumente/BaalM%C3%BCller_D%C3%BCgida_260115.pdf.

che Sätze, wird klar, dass man Rechtspopulismus auch als „die volkstümlich und rebellisch-autoritäre Verkündung extremer rechter Theoreme auf der Basis emotionalisierter Agitation“ verstehen kann, der sich der „propagandistische[n] Simplifizierungen in Anlehnung an ‚des Volkes Stimme‘“ bedient.“³²

Diskutierbar bleibt die Frage, ob Lutz Bachmann und Tatjana Festerling Rechtsextreme oder Vertreter der „Neuen Rechten“ sind oder ob sie Argumentationen übernommen haben, die in deren Online-Portalen wie PI-News formuliert werden. Tatsache ist, dass es gute Kontakte gibt. Echte Nazi-Kader spielen bei den Pegida-Organisatoren keine Rolle, aber man kennt sich.³³ So sagte ein Pegida-Vertreter im Anschluss an eine Podiumsdiskussion als Beweis für die Feststellung, die Bewegung sei gar nicht so rechts: Die Hälfte der Mitglieder der ehemaligen SSS (der seit langem als kriminelle Vereinigung verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz) laufe ja nicht mit (sic); Pegida sei ihnen zu wenig radikal. Es darf nicht vergessen werden, dass Begriffe wie „Lügenpresse“ und „Volksverräter“ zuerst auf Nazi-Demos auftauchten, bevor sie bei Pegida laut wurden. Tatjana Festerling wiederum ist seit Jahren Autorin des islamfeindlichen und rechtspopulistischen Blogs PI-News.

Bei den Oberbürgermeister-Wahlen positionierte sich Pegida aktiv zwischen AfD und NPD – auch mit einem immer aggressiveren Auftreten bis zu Aufrufen zum Systemumsturz: Hatten Redner beim Start von Pegida meist indirekt durch Verweise auf die Revolution 1848/49³⁴ oder auf die 1989er-Revolution und damit – ähnlich wie die sächsische AfD – mit dem Bild des Volksaufstands nur gespielt, fordert Pegida mittlerweile aktiv zum zivilen Widerstand auf. Bachmann sagte etwa in Bezug auf das Singen des Deutschlandliedes: „Wenn wir es irgendwann mal geschafft haben, die Verräter aus Berlin zu vertreiben, dann singen wir hier Strophen, so viel wir wollen“. In der Zwischenzeit soll man seiner Meinung nach alle drei oder nur die erste Strophe singen.

Auf einer Demonstration am 5. Oktober 2015 rief er, „bei der nächsten Wende“ werde kein Wendehals vergessen.³⁵ Auf einem Plakat einer Pegida-

Demonstration stand bereits im Februar 2015: „Doch eines Tages wird Gerechtigkeit walten, dann richtet das Volk, dann gnade euch Gott“.³⁶ Im Oktober 2015 wurde ein Galgen mitgeführt, der für Angela Merkel und Sigmar Gabriel reserviert sei. Im Januar 2016 rief Festerling bei einem Aufmarsch von Legida in Leipzig von der Bühne: „Wenn die Mehrheit der Bürger noch klar bei Verstand wäre, dann würden sie zu Mistgabeln greifen und diese volksverratenden, volksverhetzenden Eliten aus den Parlamenten, aus den Gerichten, aus den Kirchen und aus den Pressehäusern prügeln.“

Die Pegida-Redner orientieren sich meist nicht an der Nazi-Zeit, sondern an der demokratiefeindlichen und antiliberalen „konservativen Revolution“ der Weimarer Republik und deren intellektuellen Wortführer wie Arthur Moeller van den Bruck, die selbst wiederum als Vordenker der Nazis gelten können. Christoph Giesa analysierte in einem Essay für die Bundeszentrale für politische Bildung, dass die konservative Revolution schon in den 1920er Jahren behauptet habe, „die Weimarer Demokratie suchte jede Stimme zu unterdrücken, die sich gegen diese ihre Politik erhob. Sie verfolgte die nationale und die radikale Opposition, statt sich ihrer gegen den gemeinsamen Feind deutscher Nation zu bedienen“. Heute heißt es, man sei ein Opfer der ‚herrschenden Kaste‘, der ‚Mainstreammedien‘, der ‚Gutmenschen‘ und insgesamt des ‚Systems‘. Ansonsten hat sich an der Argumentation wenig geändert. Die Strategie tritt immer deutlicher zutage: Wer die ganze Zeit vor einem ‚Meinungsdiktat‘, ‚Denk- und Sprechverboten‘ und ‚Zensur‘ warnt, gerät zunächst nicht in Verdacht, selbst andere Meinungen ausschließen zu wollen. Schaut man allerdings genauer hin, wird klar: Aus einem inszenierten Abwehrkampf, einer vorgeschobenen Notwehrsituation, ist längst ein Angriff geworden.“³⁷ Auch deshalb werden Viktor Orbán, Wladimir Putin oder die Rechts-Konservativen in Polen als Vorbilder bei Pegida hochgehalten. Interessant hier auch der Beitrag des Pegida-Stichwortgebers Sebastian Henning: Dieser bezeichnet die auch bei Pegida mitlaufenden gewalttätigen Nazis und Hooligans als „virile Jugend“, „Heißsporne“ oder „zornige junge Männer“, ohne die eine

32 Alexander Häusler, zitiert in: Zick/Küpper 2015: 24.

33 Siehe auch Geiges/Marg/Walter 2015: 12ff.

34 PEGIDA-Rede von Götz Kubitschek vom 13.04.2015.

35 Honigfurth 2015.

36 „Pegida schwenkt nach Bachmanns Rückkehr nach rechts“, in: STERN: 09.02.2015.

37 Giesa 2015.

solche Bewegung wie Pegida erst gar nicht in Gang komme. „Das war 1813 (sic) nicht anders als 1989 oder ein Vierteljahrhundert später“.³⁸

Die Pegida-Führung und zunehmend die AfD benutzt dabei fast schulbuchmäßig rechtspopulistische Argumentationsschemata: Das Kernstück (rechts-)populistischer Argumentation ist nicht die pure Ausländerfeindlichkeit. Das Schwungrad besteht in einer Freund-Feind-Konstruktion, indem eine homogene Gruppe („die Deutschen“, „das Volk“, „die Mitte“, „die Steuerzahler“) beschworen wird, die bedroht sei oder ausgebeutet werde – und zwar von drei nach Bedarf austauschbaren, ebenfalls homogenen Gruppen: Das „Volk“ wird bedroht von „unten“, also von Migranten, „Asylanten“ und „Sozialschmarotzern“; von „oben“, also von „Politikern“, den „medialpolitischen Eliten“ oder „rot-grün versifften Linken“; oder aber von außen, also den Griechen, den Flüchtlingen oder der Europäischen Union. Diese Gruppen werden explizit nicht zum Volk gerechnet und daher als „Volksverräter“ bezeichnet.

Diese Argumentationsstruktur – und das macht sie in Ostdeutschland so erfolgreich – wurde schon in der DDR von Teilen der Bevölkerung ‚gelernt‘: Wir („das Volk“) darben, „die da oben“, die „Bonzen“, sind schuld daran. Vor allem in kleinbürgerlichen Milieus und in kleinen und mittleren Städten mit vielen Vertragsarbeitern bzw. in den Grenzregionen wurde über die Vertragsarbeiter oder die Polen und Tschechen geklagt, welche den DDR-Bürgern angeblich mit Devisen die Waren wegkauften. Zudem stellte die SED so genannte „Asoziale“, „Rowdys“ und „Oppositionelle“ ebenfalls als Bedrohung eines ansonsten scheinbar einheitlich denkenden Volkes dar. In einzelnen Fällen nahmen DDR-Führungskader Ausländerfeindlichkeit in Kauf, um nicht selbst für Misstände verantwortlich gemacht zu werden.³⁹ Zudem sehen das Ziel einer (völkischen) Volksgemeinschaft und Verlustgefühle in Bezug auf eine heimelige DDR-Gesellschaft auf den ersten Blick (!) sehr ähnlich aus.

Um diese Argumentation herum kommuniziert der Populist: Er inszeniert sich als einziger authentischer Vertreter des Volkes oder einer anderen homogenen

Gruppe. Nur er wagt es, Probleme anzusprechen und den Belangen der „kleinen Leute“ und „des Volkes“ Gehör zu verschaffen. Der Populist behauptet immer, den gesunden Menschenverstand auf seiner Seite zu haben. Er ist der einzige Retter der Demokratie, während die Eliten „wahre Demokratie“ verhindern oder zerstören; sie werden als „Meinungs-“ oder „Linksfaschisten“ bezeichnet. Ein typischer Pegida-Satz lautet: „Wir wissen alle, wie es wirklich ist.“ Skepsis oder echte Eigenkritik, die nicht taktisch eingesetzt werden, ist faktisch nicht zu finden.

Typisch für diese Art von Populismus sind zudem die Konstruktion der Verantwortung von Minderheiten für alle Krisen dieser Welt und das Schüren von Ressentiments und (Krisen-) Ängsten. Für Populisten ist die Beschreibung gesellschaftlicher Zustände immer von einer Endzeitstimmung („Untergang des Abendlandes“) geprägt, die mit aggressiv klingenden und emotional wirkenden Begriffen geschürt werden muss – weil sonst die emotionale Flamme der Unterstützer zu erlöschen droht. Rechtspopulisten wollen gar nicht, dass sich etwas verbessert, weil sonst ihre Strategie nicht mehr wirkt.

Ferner ist Emotionalisierung ein wichtiger Bestandteil populistischer Argumentation und erscheint gerade in Zeiten des politischen Pragmatismus attraktiv. Auf die Kritik an der eigenen Position reagiert der Populist mit der Märtyrer- und Tabubrecher-Attitüde: Die Eliten (Medien, „Gutmenschen“, Alt-Parteien) wollen ihn mundtot machen („Man wird doch noch sagen dürfen...!“). Zudem benutzt gerade Lutz Bachmann – wie alle anderen rechtspopulistisch argumentierenden Politiker (Erdogan, Trump etc.) – exzessiv verschwörungstheoretische Argumentationen und Lügen⁴⁰ als taktisches Kampfmittel in den sozialen Medien und zur Mobilisierung der Massen.⁴¹

Erstens werden Verschwörungstheorien, gestützt auf Halbwahrheiten und Lügen, zur Delegitimierung des politischen Gegners verwendet. Ein Beispiel ist das Gerücht, der „Staat“ bezahle Gegendemonstranten zehn oder gar 25 Euro pro Stunde. Der Hintergrund dieser Geschichte: Die CDU-geführte sächsische Staatskanzlei hatte per Zeitungsanzeige einige Promoter für das Verteilen von Luftballons auf einer

38 Henning 2015: 53 und 97.

39 Vgl. Siegler 1991.

40 Giammarco 2015.

41 Vgl. Demuth 2015a.

Pro-Toleranz-Demonstration gesucht; daraufhin verbreiteten rechtspopulistische Propagandakanäle wie PI-News oder „Blaue Narzisse“, alle Gegendemonstranten seien gekauft.

Zweitens dienen die Verschwörungstheorien zur Delegitimierung von Kritik. Waren bei Pegida rassistische Sprechchöre zu hören, waren dies laut Pegida-Rednern immer „diverse Kräfte eingeschleuster Störenfriede [...], deren einziges Bestreben es sein wird, uns in ein schlechtes Licht zu rücken“. Wochen vor der Dresdner OB-Wahl wurde der Verdacht des Wahlbetrugs geäußert und nach Wahlbeobachtern gesucht, „damit nichts schiefgeht“. Wie pathologisch Verschwörungstheorien zur Anwendung kommen, zeigt die Reaktion von Lutz Bachmann auf einen Pegida-kritischen Artikel der rechtskonservativen Zeitung „Junge Freiheit“, die ihm ideologisch eigentlich nahesteht. Bachmann erklärte die Kritik kurzerhand zu einem „Lügenartikel“: „Alles sehr dubios was da abläuft im Hause Junge Freiheit. Ob es da einen Scheck gab?“

Drittens richtet sich die verschwörungstheoretische Hetze gegen die demokratischen Institutionen und ihre Vertreter. Gegendemonstranten seien wie Journalisten von den Mächtigen gekauft, trug der ehemalige FAZ-Redakteur Udo Ulfkotte den Demonstranten in Dresden unter Jubel vor. Bei einer Pegida-Demonstration im Juni 2015 hieß es in typischer rechtsradikaler Diktion, die Regierung Merkel und die etablierten Parteien seien „Marionetten“ eines noch größeren Plans zur Freiheitsberaubung und Kontrolle der Bürger. Die Bundesrepublik sei ein durch die USA „besetztes Land“ und die „Masseneinwanderung ein Plan zur Umgestaltung Europas“. Lutz Bachmann intonierte es so: „Es ist immer mehr zu spüren, dass die totale Kontrolle der Menschen das Endziel ist, um im Notfall die Unliebsamen sofort aufzuspüren und eventuell verschwinden zu lassen. Sie wollen die totale Kontrolle und die Gleichschaltung aller Menschen.“ Dies werde aber nicht funktionieren: „Pegida wird unermüdlich weiterarbeiten, um so viel wie möglich Menschen in diesem Land die Augen zu öffnen und diese Pläne und Schandtaten aufzudecken und zu verhindern.“⁴²

6. Zusammenfassung: Wer ist Pegida?

Die Unterstützergruppe von Pegida ist sehr heterogen. Die Anhänger stammen aus verschiedenen sozioökonomischen Schichten und finden sich in Dresden faktisch in jedem Stadtviertel. Mehr oder weniger starke Sympathien für die Grundaussagen – nicht für die Sprache und die Organisatoren – finden sich in der Stadtgesellschaft überall. Die Stadt ist gespalten. Echte Unterstützer sind allerdings deutlich in der Minderheit, wie das Ergebnis der OB-Wahl und auch die Umfragen zeigen. Sie stammen aus dem rechts-konservativen Spektrum, das bislang CDU, die in Sachsen stark rechtspopulistisch argumentierende FDP oder die extrem rechte NPD, neuerdings AfD oder Pegida wählte. Gerade in Sachsen haben die politischen Richtungswechsel von Angela Merkel ein politisches Vakuum am rechten Rand hinterlassen. Pegida schafft es derzeit im Normalbetrieb, 3.000 bis 10.000 Personen zu mobilisieren – das sind vergleichsweise wenige angesichts der zunehmenden Verunsicherung in der derzeitigen Flüchtlingssituation. Und trotzdem sympathisieren viele weiterhin mit Pegida, und sei es nur als Projektionsfläche für ihre persönliche Unsicherheit oder Unzufriedenheit.

Es ist gleichzeitig offensichtlich, dass normale (konservative) Bürger bei Pegida rechtsradikale Positionen, Verschwörungstheorien und Umsturzfantasien beklatschen. Ein Teil der bürgerlichen Mitte scheint sich laut Christoph Giesa „vom demokratischen Grundkonsens verabschiedet“ zu haben. „Aus diesem Milieu heraus mische sich ein verunsicherter Bildungsbürger ganz anders als erhofft wieder in die Politik ein. Er werde zu einem Primitivbürger, ja zu einem ‚gefährlichen Bürger‘, der sich aggressiv gegen alles wehre, das ihm gegen den Strich gehe, und anfällig für jedwede Hetze sei. Er zeige sich missionarisch und dogmatisch, rechthaberisch und egoistisch. Der Sinn für Gemeinwesen und Verantwortung, das Selbstverständnis eines Citoyens sei ihm verlorengegangen.“⁴³ Der Verfassungsschutz von Sachsen-Anhalt stellt fest: „Die Situation ist ernst.“ Es sei erschreckend, dass „das Bürgertum überhaupt nicht mehr differenziert“. Vor Diskussion um die

42 Siehe die rechtspopulistische Internetseite www.epochtimes.de/politik/deutschland/pegida-konkret-lutz-bachmann-und-peter-hild-wettern-gegen-gleichschaltung-der-menschen-220615-a1248857.html.

43 Christoph Giesa im Gespräch mit Ernst Rommeney, „Die bürgerliche Mitte wird infiltriert“, siehe Deutschlandradio 22.08.2015, www.deutschlandradiokultur.de/neue-rechte-die-buergerliche-mitte-wird-infiltriert.1270.de.html?dram:article_id=328958.

Flüchtlingssituation habe es eine klar erkennbare Grenze zwischen rechtsextremen Parteien und neonazistischen Kameradschaften auf der einen und der Zivilgesellschaft auf der anderen Seite gegeben. „Diese Grenze löst sich jedoch zunehmend auf.“⁴⁴

Die Pegida-Organisatoren agieren zunehmend als gesellschaftliche Brandstifter. Zwar wendet sich Bachmann in seinen Ansprachen immer gegen Gewalt oder er entschuldigt sich etwa für die Ausfälle von Akif Pirinçci. Doch Tatjana Festerling argumentierte in ihren Reden oft sehr ähnlich – Bachmann scheint nur dann zurückzurudern, wenn eine Äußerung oder Aktion Pegida zu schaden droht.

Die Rede von Widerstand und Systemumsturz ist mehr als Rhetorik. Die „Neue Rechte“ will einen Systemwechsel ähnlich wie aktuell in Polen. Durch die Stärke sowie die neue Mimikry rechtsextremer Kameradschaften in Sachsen besteht in Teilen der ostdeutschen Bevölkerung wirklich die subjektive Wahrnehmung, die gesellschaftlichen Verhältnisse seien fragil.

III. Erklärungsversuche über Pegida

Über die Ursachen von Pegida wurde vielfach spekuliert und geforscht. Lokale, regionale, ostdeutsche und europäische Erklärungsmuster wurden ebenso bemüht wie soziologische und historische Befunde.

1. Lokale und regionale Ursachen

Natürlich sind lokale und regionale Erklärungsmuster zentral, war und ist Pegida doch vor allem ein Dresdner bzw. ein sächsisches Phänomen. In Dresden und Umgebung besteht schon immer eine starke, mobilisierbare konservative und rechte Grundstimmung. Eine echte gesellschaftliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus fand wie in der

ganzen DDR kaum statt, im Gegenteil wurde teilweise NS-Propaganda über die Zerstörung Dresdens am 13. Februar 1945 durch „anglo-amerikanische Bomberverbände“ fortgeschrieben. Auf dem Weg zur Deutschen Einheit gewannen nationalistisch-chauvinistische Parolen nach dem 9. November 1989, also nach der kritischen Phase der friedlichen Revolution, zunehmend Raum. Der Ausruf „Wir sind das Volk“ wurde nicht nur durch „Wir sind ein Volk“ ersetzt; die Kritiker des Wegs zur Einheit wurden auch von vielen nicht mehr als „Teil des Volkes“ betrachtet.⁴⁵ Aus der „friedlichen“ wurde ab Dezember 1989 teilweise eine „nationalistisch“ motivierte Revolution.⁴⁶ Im Februar 1990 füllte der Holocaust-Leugner David Irving im Februar einen Hörsaal an der TU Dresden, im Juni des gleichen Jahres den größten Raum des Dresdner Kulturpalastes mit seinen kruden Thesen zur Bombardierung Dresdens: „Der Holocaust an den Deutschen in Dresden war echt. Der an den Juden in den Gaskammern von Auschwitz ist frei erfunden“.⁴⁷ Dresden galt 1991 wegen der Größe der dortigen Nazi-Kameradschaften und wegen seiner Rolle als wichtiger Rückzugs- und Vernetzungsort der ostdeutschen Naziszene als „Hauptstadt der Bewegung“.⁴⁸

Ähnliches zeigte sich Anfang der 2000er-Jahre: Die größten Lesungen aus dem Sarrazin-Buch „Deutschland schafft sich ab“ fanden in Dresden und Umgebung statt. An Dresden grenzen mit der Sächsischen Schweiz und dem Erzgebirge zwei Wahlkreise und es ist verkehrstechnisch gut an Regionen in Ost- und Mittelsachsen angebunden, in denen die NPD und neuerdings die AfD ihre besten Ergebnisse deutschlandweit erzielen⁴⁹. Bis zur Hälfte der Pegida-Demonstranten stammten laut den Straßen-Umfragen aus dem Dresdner Umland. Es existieren zudem in vielen Orten im ländlichen Raum eine rechtsextreme kulturelle Hegemonie sowie eine bestens organisierte Neonazi-Szene, welche die Stimmung durch Gerüchte und Lügen aufheizt.

44 Kranert-Rydzky 2015.

45 Zeitzeugengespräche in der FES-Veranstaltung „Dresden – Hauptstadt der Bewegung“, am 29.09.2015, siehe auch Richter 2015.

46 Siehe Lindner 2015.

47 Vgl. Siegler 1991.

48 Siegler 1991.

49 Bei den Demonstrationen nahmen laut nicht repräsentativen Umfragen überwiegend Leute aus Dresden (44 Prozent) und der unmittelbaren Umgebung Dresdens (42 Prozent) teil; siehe: Rucht 2015.

Das Problem ist jedoch nicht nur, dass die extrem rechte Szene in Sachsen gut aufgestellt ist. Das Problem ist auch, dass dies von der sächsischen CDU und FDP immer wieder geleugnet und rechtsextreme Vorkommnisse unter den Teppich gekehrt wurden. Prominenter Vertreter dieser Haltung ist Kurt Biedenkopf mit seiner Aussage, die Sachsen seien „immun gegen Rechtsextremismus“. Zum ersten Mal äußerte er sich derart 1991. Damals hatte in Dresden der bis dato größte Neonazi-Aufmarsch seit 1945 stattgefunden. Der Anlass war die Beerdigung des Neonazi-Führungskaders Rainer Sonntag, der bei Auseinandersetzungen im Rotlicht-Milieu ermordet worden war und nun zum Helden der Bewegung stilisiert wurde.⁵⁰ Zwei Tage nach der Beerdigung befand Biedenkopf, dass es in Sachsen „alles andere als Rechtsextremismus“ gebe⁵¹ – was angesichts der Jagdszenen und Attacken auf Vertragsarbeiter und linksalternative Jugendliche in sächsischen Städten absurd war. Er wiederholte seine Aussage im Jahr 2000. Vier Jahre später zog die NPD mit 9,2 Prozent Stimmenanteil in den sächsischen Landtag ein. 2015 erneuerte er seine These, indem er behauptete, die an den Ausschreitungen gegen die Polizei beteiligten Nazi-Hooligans in Heidenau stammten alle aus dem Westen.⁵² Die sächsische CDU gilt dabei mit einem starken rechts-nationalistischen Flügel als konservativster Landesverband der Union. Und auch die sächsische FDP mit ihrem Landesvorsitzenden Holger Zastrow fiel immer wieder durch populistische Argumentationen auf. Die FDP-nahe Wilhelm-Külz-Stiftung hatte Akif Pirinçci mit seinen Hasstiraden bereits im November 2014 eingeladen – ein Jahr vor dem Eklat auf der Pegida-Demonstration.

Allgemein besteht in Sachsen – mit der Ausnahme von Leipzig – seit jeher nur eine schwächelnde Gegenmacht gegen rechte Umtriebe. Lange Zeit stellten für viele Dresdner die Gegendemonstrationen an jedem 13. Februar das größere Problem dar als die marschierenden Nazis, die an den angeblichen „Bomben-Holocaust“ erinnerten. Auch deshalb wurde Dresden zum zweiten Mal „Hauptstadt der

Bewegung“ nach 1989. Das schon zu DDR-Zeit geförderte Empfinden, Dresden sei durch die Bombardierung am 13. Februar 1945 ein Hauptopfer des Zweiten Weltkriegs, wurde nach 1990 von offizieller Seite ohne historische Einordnung lange weiter gepflegt. Erst nach langer Anlaufzeit konnten die immer größer werdenden Nazi-Aufmärsche am 13. Februar seit 2012 eingedämmt werden. Teile der CDU Dresden und Sachsen hatten lange jede Gegenbewegung sabotiert, indem sie Gegendemonstrationen pauschal als Linksextreme diffamierten. Die angesichts der realen Zahlen absurde und trotzdem gebetsmühlenartig wiederholte Gleichsetzung der Gefahr von rechtem und linkem Extremismus führte zu einer faktischen Unterschätzung des Rechtsextremismus.

Zudem ist die demokratische Kultur in Sachsen insgesamt wenig ausgeprägt, weil Politik und Staat von oben herab agieren und Bürger sowie zivilgesellschaftliche Akteure nicht als gleichwertige Partner akzeptieren. Eine kritische Zivilgesellschaft wurde seit der Einheit eher geschwächt als gestärkt.⁵³ Laut einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung bildet Sachsen gemeinsam mit Bayern das Schlusslicht bei der politischen Bildung in allen Schularten.⁵⁴ Eine sich neutral gebende und nicht zuständig führende Verwaltung sowie die mangelnde Positionierung selbstgefälliger lokaler Eliten trugen weiter dazu bei, dass sich Dresden jahrelang schwer tat, ein klares Zeichen gegen Rechts zu setzen. Kritiker wurden gern als „Westdeutsche“ oder „Zugezogene“ diffamiert, die kein Recht hätten, in Dresden das Wort zu erheben.⁵⁵

Ferner wird die Pegida-Bewegung in Dresden dadurch begünstigt, dass sie mit Lutz Bachmann an der Spitze im Gegensatz zu anderen „-gidas“ eine äußerst erfolgreiche und clever kommunizierende Marketingmaschine zur Verfügung hat. Bachmann schafft es, durch radikale Statements ein rechtspopulistisches Milieu genauso anzusprechen wie mit gemäßigten Positionspapieren eine bürgerliche Klientel. Andere „-gidas“, etwa Legida in Leipzig, re-

50 Sonntag war 1987 aus der DDR ausgewiesen worden und kam Ende 1989 wieder zurück. Auch aus solchen Personalien hält sich hartnäckig das Gerücht, die Nazis seien aus dem Westen gekommen. Allerdings ist auch Teil der Wahrheit, dass viele Neonazi-Führungskader aus dem Westen 1990 in die DDR kamen, um die neue Massenbasis rechtsextremer Unterstützer zu nutzen, und den ostdeutschen Skinheads ideologisches Rüstzeug und organisatorisches Know how vermittelten.

51 Vgl. Siegler 1991.

52 Interview mit Kurt Biedenkopf, in: LVZ, 20.9.2015.

53 Vgl. u.a. Herrmann 2015.

54 Kalina 2014: 46-49.

55 Siehe beispielhaft bei Henning 2015: 118.

duzierten sich viel deutlicher auf offensichtlich rechtsradikales Gedankengut oder wurden sichtbar von Nazis oder Rechtsradikalen organisiert.

Die gemäßigten Positionspapiere waren eine zentrale Ursache dafür, dass fast jeder zweite Deutsche meinte, dass Medien und Politiker über die Pegida-Demonstrationen nicht objektiv berichteten,⁵⁶ denn in der Tat waren die Forderungen in den Papieren nicht rechtsextrem. Bachmann selbst gilt bei vielen – trotz seiner kriminellen Vergangenheit – als authentischer Gegenentwurf zu den verhassten Politik-Eliten, ähnlich wie Sarah Palin oder Donald Trump bei der US-amerikanischen Tea Party-Bewegung. Der spricht ‚wie wir‘, entschuldigt sich wegen Fehlern, gibt zu, er könne nicht besonders gut reden – so etwa lauten die Einschätzungen. Bachmann ist bei den harten Fans von Pegida die neue Führerfigur, mit der man am Ende der Veranstaltung Selfies knipst. Der Pegida-Anhänger Sebastian Henning schreibt in seinem Buch über Pegida: „In Bachmanns Worten [...] artikuliert sich die Volksseele selbst.“ Lutz Bachmann sei ein „unternehmungslustiger Kopf“, ein „volkstümlicher Agitator“, ein „absoluter Werbeprof“, ein „schlauer Fuchs“ und ein „Bürgerrechtler“. „Er allein hat Eigenschaften bewiesen, die so selten sind wie roter Schwefel: Ausdauer, Treue und Zuverlässigkeit.“⁵⁷

Auch spezifisch ostdeutsche Erfahrungen scheinen einen enormen Einfluss zu haben: In einer interessanten Recherche der Süddeutschen Zeitung wird ein ostdeutscher Beobachter mit den Worten zitiert: „In der DDR war es keine Kunst, den Westen zu idealisieren. Nun stellt man fest, dass auch dieses System erhebliche Nachteile hat. Eine kritische Auseinandersetzung der Ostdeutschen mit der westdeutschen Lebensweise hat es bislang ja auch nicht gegeben, vielleicht war das auch noch gar nicht möglich.“ Und nun liege mit der „Zuwanderung und der Mangelhaftigkeit ihrer Organisation auf einmal ein ideales Trägermedium für alle Unzufriedenheit auf der Straße. Ideal, weil es Zuwanderung und Probleme damit in so vielen Orten gibt, dezentral, und damit für jeden erreichbar. Als Aufgabe der Gesellschaft so herrlich komplex, dass man alles Mögliche in sie hineinprojizieren kann. [...]

Auch wenn diese Spannungen erst mal gar nichts mit den Flüchtlingen zu tun haben sollten. [...] Das Thema Asyl wird von vielen benutzt, um den Unmut über die Einheit, den Westen, die eigene Biografie zu transportieren.“⁵⁸

Andere Beobachter interpretieren es ähnlich: Gerade in Ostdeutschland gebe es nun mal „stärker ausgeprägte Gefühle der Deprivation, des Zukurz-gekommen-Seins“ – man könnte hinzufügen: gefühlter Demütigung und Abwertung der eigenen Biografie. Es ist kein Zufall, dass sich viele Pegida-Sympathisanten in Podiumsdiskussionen als ehemalige DDR-Diplom-Ingenieure, NVA-Offiziere oder Akademiker entpuppen, die in der Nachwendezeit kein Bein auf den Boden bekamen oder scheiterten, sei es aus Zufall, Pech oder persönlichen Gründen, weil ihnen (vermeintlich) Westdeutsche vorgezogen wurden oder sie auf die schiefe Bahn gerieten. „Die Nachwendejahre, als viele ihre soziale Position einbüßten und bis heute nur wenige Aufstiegsperspektiven dazugekommen sind, haben tiefe Spuren hinterlassen. Deshalb will man aber auch die eigenen (imaginierten) Vorrechte, den eigenen Lebensstil umso erbitterter verteidigen. Der eigene Konformismus schlägt daher um in die Abwertung all jener, die anders und vermeintlich unproduktive Mitesser in einem unter Stress stehenden Sozialsystem sind: Flüchtlinge, Migranten und Muslime.“⁵⁹

Schließlich gab es in der DDR wie in der Bundesrepublik natürlich auch Rassismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Rechtsextremismus wurde von der SED unter den Teppich gekehrt, indem man Vorkommnisse verschwieg oder offenkundige Nazis in den Westen ausreisen ließ. Rassistische Parolen waren tabu und wurden daher auch nicht diskutiert oder konnten in Frage gestellt werden – es gab sie offiziell nicht. Erst in den letzten Monaten vor dem Ende der DDR wurden sie wieder sagbar.⁶⁰ Gleichzeitig wurden Vertragsarbeiter in der DDR bewusst isoliert untergebracht, eine Vermischung mit der Bevölkerung war nicht gewünscht. Auch deshalb hatten die meisten DDR-Bürger (bis heute) wenige Erfahrungen mit „Fremden“. Durch den Zuzug von Geflüchteten ändert sich dies rapide. Nicht zuletzt wird bei einem

56 Umfrage INSA, 1/2015.

57 Alle Zitate bei Bittner 2015b, siehe: Henning 2015.

58 Cornelius Pollmer, in: Süddeutsche, 21.07.2015.

59 Nachtwey 2015.

60 Siehe Beschreibung bei Richter 2015.

Vergleich zwischen jüngeren und älteren Ostdeutschen deutlich, dass erstere in einem ähnlichen Ausmaß zum Autoritarismus neigen wie ihre westdeutschen Altersgenossen, während letztere, in der DDR sozialisierte viel stärker als Westdeutsche härtere Strafen von Verbrechen beziehungsweise ein härteres Vorgehen gegen „Außenseiter und Unruhestifter“ aussprechen. „In der ehemaligen DDR wurde Vielfalt beziehungsweise Diversität als Grundidee eher geringgeschätzt oder sogar geächtet und stattdessen geradezu ein Mythos der Gleichheit befördert.“ Diversität und Differenz wird daher von in der DDR sozialisierten Leuten eher weniger als etwas Positives gewertet. „Das schlägt sich (...) in der größeren Ablehnung von Vielfalt nieder, die sich auf die Unterschiedlichkeit von Menschen bezieht, als auch im Misstrauen gegen demokratische Aushandlungsprozesse, in denen unterschiedliche Sichtweisen und Lösungsstrategien debattiert und verhandelt werden. Befördert wird dies (...) von einem weitverbreiteten, Konformismus verlangenden Autoritarismus, der jede Abweichung sanktioniert“. ⁶¹

2. Sozioökonomische Ursachen

Viele Studien zeigen, dass Fremdenfeindlichkeit mit abnehmendem formalen Bildungsabschluss und Einkommen zunimmt. Doch die sozioökonomische Problemlage allein erklärt wenig: Nur weil man arbeitslos ist, ist man nicht gleich rechtsextrem. Es war daher gar nicht überraschend, dass bei Pegida keineswegs die prekären Milieus mitliefen, ⁶² wie manche Beobachter teils dünnelhaft feststellten, um die „Normalität“ der Bewegung zu betonen. Die *Mitte-Studien* der Friedrich-Ebert-Stiftung haben seit langem offengelegt, dass auch Teile der so genannten Mitte der Gesellschaft, die Pegida und ähnliche Gruppen unterstützen, starke rechte Einstellungen aufweisen. Eine Umfrage des Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw) verdeutlicht, dass die Zugehörigkeit zu sozialen Milieus entscheidend für die Einstellung ist. Während das Milieu der „bürgerlichen Mitte“, das „prekäre“ Milieu sowie die moderne Unterschicht/untere Mittelschicht überdurchschnittlich ablehnend in der Flüchtlingssituation reagiert, unterstützen die Konservativ-Etablierten sowie die modernen, eher individualistischen Milieus die Flüchtlingspolitik. ⁶³

Will man die Sympathien für Pegida und Co. über die rechtsradikalen und rechtsextremen Kernunterstützer hinaus erklären, scheint daher ein Gefühl der Verunsicherung ein zentrales Indiz zu sein. „Im sozioökonomischen Bereich ist diese Verunsicherung nicht das Ergebnis einer absoluten materiellen Verarmung. [...] Es artikuliert sich hingegen eine Angst vor einem relativen sozialen, beruflichen und wirtschaftlichen Abstieg.“ ⁶⁴

In Sachsen ist die hohe Arbeitslosigkeit zwar zurückgegangen; die Wirtschaft wächst, die Durchschnittslöhne sind gestiegen; Umfragen ergaben eine hohe Lebenszufriedenheit. Auf den zweiten Blick haben sich aber bei allen positiven Entwicklungen andere Unsicherheiten herausgebildet. Es gibt ein enormes Frustrationspotenzial, sowohl bei den „Wendeverlierern“, die nach der Einheit nicht Fuß fassen konnten, als auch bei den „Unzufriedenen“, die sich von der Wiedervereinigung mehr erhofft hatten oder damit hadern, dass 25 Jahre nach der Wende noch unterschiedliche Tarifsysteme und Renten gelten. Die Betroffenen wirken als Multiplikatoren dieser Enttäuschungsstimmung in ihrem persönlichen und gesellschaftlichen Umfeld. Es entstanden zwar mehr Jobs, aber in Sachsen stieg besonders die Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse. Bei prekärer Zeitarbeit, bei Löhnen unter 8,50 Euro (vor Einführung des Mindestlohns) und bei fehlender Tarifbindung stand Sachsen deutschlandweit an der Spitze. Die *Dresdner Neuesten Nachrichten* titelten im Juni 2014 zu Recht: „Sachsens Wirtschaftserfolge teils auf Kosten der Arbeiter“. Ein Teil der sächsischen Erfolgsgeschichte fuße auf dem Wettbewerbsvorteil durch niedrige Löhne, der gut für den Aufschwung sei, aber zu Lasten der Arbeiter gehe. ⁶⁵ Wenn Pegida-Organisator Bachmann von „armen Rentnern“ spricht, ist dies auch nicht falsch: In Sachsen droht eine massive Altersarmut bzw. ein Status-Verlust im Alter, weil lange Zeiten der Arbeitslosigkeit und Niedriglohnpolitik ihren Tribut bei den Rentenbeiträgen fordern. Allerdings haben die Geflüchteten mit alledem nichts zu tun, sondern die geringen Löhne und lange Jahre von Arbeitslosigkeit.

Selbstständige haben angesichts schwacher regionaler Wirtschaftskreisläufe enorm zu kämpfen. Kleine Unternehmen wurden oft aus dem Nichts, ohne

61 Zick/Krause/Küpper 2015: 68 und 76.

62 Vorländer/Herold/Schäller 2015a: 49f.

63 Presseinformation vhw, Flüchtlinge, Vielfalt, Wetter 2016.≠

64 Hillebrand 2015; vgl. Bude 2015a.

65 Weckbrodt 2014.

große Rücklagen oder Erbschaften aufgebaut. Die meisten Normalverdiener verdienen in Sachsen nicht genug, um sich einen größeren Wohlstand aufzubauen. Arbeitnehmer mit relativ hohen Tariflöhnen arbeiten in denselben Firmen neben Leiharbeitern und treffen nach Feierabend auf Kollegen, die dasselbe leisten, aber ohne Tarif bezahlt werden. Diejenigen, die es nach 25 Jahren harter Arbeit geschafft haben, fürchten um ihren Status. Auch die Erfolgreichen sehen täglich den möglichen Abstieg und haben Angst davor, „das Schicksal der Verlierer der Globalisierung zu teilen“.⁶⁶

Die Rheingold-Studie mit dem Titel „*Das bedrohte Paradies*“ zeigte schon 2013 ein latentes Unbehagen in Deutschland und letztlich das Potenzial einer Bewegung wie Pegida auf: „Deutschland wird als ein bedrohtes Paradies erlebt, in dem Werte wie Gerechtigkeit langsam erodieren. Die Zukunft ist für die Wähler derzeit nicht mit verheißungsvollen Vorstellungen verbunden, sondern sie erscheint hauptsächlich als finstere Drohkulisse und Krisenszenario. Das Schreckgespenst der Krise lauert immer noch vor den Grenzen Deutschlands. Es soll daher weiterhin so lange wie möglich gebannt und in Schach gehalten werden. [...] Man hört es im Radio, im TV; liest es in der Zeitung, man hört und liest über die Krise und die geht zum Glück an einem vorbei!“⁶⁷

Die derzeitige Flüchtlingssituation hat nun Drohungen und Krisen in jede Gemeinde und jeden Stadtteil getragen. In der Rheingold-Studie gab es aber schon zuvor „eine wachsende Gruppierung, die bereit ist, das Paradies Deutschland aktiv zu schützen. Der Status quo soll gegen all die verteidigt werden, die die eigene Moral nicht teilen. In den Interviews oder Gruppendiskussionen wehren sie sich gegen die vermeintlichen ‚Denkverbote und Tabus in der offiziellen Politik‘. Mit Leidenschaft und Vehemenz zeigen sie auf, durch welche Menschen und Machenschaften sie ‚das kränkelnde System Deutschland‘ von innen und außen bedroht sehen. In einer Aggressivität, die in den letzten 25 Jahren in Rheingold-Studien noch nicht beobachtet wurde, wird angeprangert, dass ‚das eigene Geld im Süden

versickert‘, dass ‚Zuwanderer‘ und ‚soziale Randgruppen‘ ‚Geld von Vater Staat geschenkt bekommen‘. Man grenzt sich pauschal von den ‚Hartzern oder Sozialschmarotzern im eigenen Land‘ ab, die nicht bereit sind, selber zu arbeiten. [...] Irgendwann ist das ganze Geld weg, wir werden es noch erleben und bei meiner Tochter wird dann gar nichts mehr da sein“.⁶⁸

All diese Themen werden bei Pegida ganz im Stil der Neuen Rechten sozialrevolutionär und vulgär-antikapitalistisch aufgenommen. Beispiele finden sich zahlreich in den Reden von Pegida:

„Es gibt Rentner, die ihr Leben lang gearbeitet haben und sich an Weihnachten trotzdem kaum ein Stück Stollen leisten können. Die in kalten Wohnungen sitzen oder keinen Strom haben. Es gibt in unserem Land Mütter, die ihren Kindern nichts zum Fest der Liebe schenken können, da die finanziellen Mittel fehlen. Es gibt Menschen in unserem Land, die auf der Straße leben müssen und nicht genug zu essen haben. Für diese werden keine Heime eingerichtet, geschweige denn über eine dezentrale Unterbringung mit Vollausrüstung diskutiert.“ (Lutz Bachmann)⁶⁹

„Jeden Tag ackern Vater und Mutter fleißig und kommen trotzdem kaum noch klar, weil Abgaben und Steuern ihnen die Taschen leeren. Und die stellen verwundert fest, wofür der Staat sonst so bereit ist, das Geld rauszuhauen. (...) Und das in einem Land, in dem wir ständig Wirtschaftswachstum hören, die halbe Welt retten, aber unseren Arbeitnehmern eine Rentenkatastrophe bevor steht.“ (Tatjana Festerling).⁷⁰

„Die Neubürger [aus der ehemaligen DDR] kosteten [...] nun das Zuckerbrot der Reisefreiheit und der ständig verfügbaren Kolonialwaren aus aller Herren Länder. Sie bekamen aber auch die Peitsche der ökonomischen Maßregelung zu spüren“ (Sebastian Henning).⁷¹

Bei der Frage, die die Forschungsgruppe um Dieter Rucht Pegida-Teilnehmern stellte, ob „tatsächlich

66 Baumel 2015: 116.

67 Siehe: http://www.rheingold-marktforschung.de/veroeffentlichungen/artikel/Wahl_2013_Das_bedrohte_Paradies.html.

68 Siehe: http://www.rheingold-marktforschung.de/veroeffentlichungen/artikel/Wahl_2013_Das_bedrohte_Paradies.html.

69 Rede Lutz Bachmann, 01.12.2014.

70 Rede Tatjana Festerling vom 01.06.2015, siehe www.tatjanafesterling.de/download/150601_Dresden_TF.pdf.

71 Henning 2015: 24.

Abb. 7: Einschätzung von Pegidisten zur sozialen Spaltung

	Stimme überhaupt nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme voll und ganz zu	Weiß nicht
Mich besorgt eher die wachsende Spaltung zwischen Reichen und Armen und weniger die Frage von Asylbewerbern und Migranten	13,7	30,8	28,2	20,5	6,8

Quelle: Rucht 2015.

die Fragen von Asyl und Migration und nicht vielmehr die Sorge um die Spaltung zwischen Arm und Reich ausschlaggebend sei“, tendierten immerhin „48,7% zur letzteren Problematik, während dem 44,5% eher widersprachen“ (siehe Abb. 7).⁷² Unsicherheit und soziale Spaltung sind also zentrale Gründe für den Zulauf zu Pegida.

Die Mitte-Studie der FES hält fest: „Eine stabile sozio-ökonomische Mitte ist die Basis für einen demokratischen Grundkonsens. Wenn Prekarisierung auf der einen und wachsender Reichtum einiger Weniger auf der anderen Seite die sozioökonomische Mitte aufzehren, sind demokratische Grundorientierungen gefährdet.“⁷³ Das betrifft Ostdeutschland besonders, weil die Spaltung zwischen Arm und Reich immer noch eine zwischen Ost und West ist, egal ob bei Vermögen oder Einkommen. Hier setzt Rechtspopulismus an.⁷⁴

2.1 „Dienstleistungs-Proletariat“

Welche sozialen Gruppen finden sich nun bei den Sympathisanten rechtspopulistischer Bewegungen? Laut den Studien von Heinz Bude ist eine zentrale Gruppe das so genannte Dienstleistungs-Proletariat, also etwa Paket-Dienstleister, Gebäudereiniger, Pflegepersonal oder Angehörige des Sicherheitsgewerbes. Sie besitzen meist ein unbefristetes und vollzeitiges Normalarbeitsverhältnis, kommen aber trotz einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 bis 50 Stunden nur auf ein monatliches Nettoeinkommen von ungefähr 1.000 Euro.⁷⁵

Oftmals sind sie aber auch als prekäre Selbstständige organisiert. Gleichwohl sind sie stolz, dass sie ihr

Geld selbst verdienen. „Sie leben in finanziell und beruflich gefährdeten Verhältnissen, verfügen über eine niedrige Schulbildung und ein geringes Selbstbewusstsein.“⁷⁶ Von dieser Gruppe wird das Funktionieren der Leistungsgerechtigkeit in Deutschland extrem in Frage gestellt, so Bude: Man lande nach 20 Jahren Pakettragen, Personenheben oder Bodenwischen in der Grundsicherung – wie Arbeitslose, die nie in die Rentenkassen eingezahlt haben. Flüchtlinge wiederum werden als direkte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt gesehen. Für sich nehmen sie kaum Aufstiegschancen wahr und fühlen sich, im Gegensatz zum alten Industrieproletariat, gesellschaftlich, finanziell und kulturell zu ‚Prolls‘ abgewertet.⁷⁷ „Sie erleben sich von der Gesellschaft diskreditiert, und fast die Hälfte dieser Gruppe sieht sich als Verlierer der ökonomischen Entwicklung.“⁷⁸

Heinz Bude stellt zudem fest, dass die meisten Angehörigen dieser Gruppe ihre wichtigsten Lebensziele meist als unerreichbar ansehen und es aufgegeben haben, die Welt um sich herum zu verstehen. Man bleibe immer auf derselben Stufe, auf der man angefangen hat. Hier setzt die Unterstützung für Pegida an: Da ist der Rentner, der sagt, er bekomme eine kleine Rente, weil Flüchtlinge Geld bekommen (nicht wegen seiner persönlichen Erwerbsarmut in der Vergangenheit). Da ist die Betreute in der Familienhilfe, die sagt, sie suche händeringend eine Wohnung, und den Flüchtlingen werde einfach eine gegeben. Oder der prekäre Selbstständige, der stolz auf sein eigenes „Unternehmen“ blickt, aber letztlich auf ein minimales Gehalt beschränkt bleibt. Nicht zuletzt werden in der Tat Flüchtlinge vor allem in sozial benachteiligten Stadtvierteln untergebracht.

⁷² Rucht 2015.

⁷³ Zick/Krause/Küpper 2015: 72.

⁷⁴ Zick/Klein 2014: 42; 111.

⁷⁵ Bude 2015a.

⁷⁶ Bude/Lantermann 2015.

⁷⁷ Jones 2012.

⁷⁸ Bude 2015a.

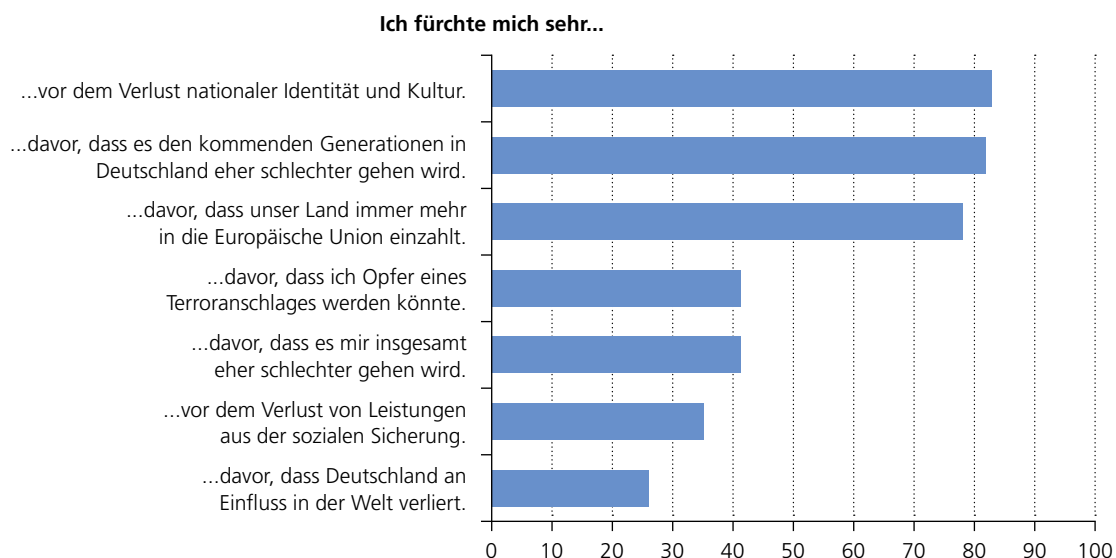
2.2 Bedrohte Mittelschicht

Eine zweite Gruppe sind Personen mit eher mittlerer oder hoher Bildung, aber relativ geringem Einkommen. „Es sind Bürger, die sich [teilweise sogar] als weltoffen und modern begreifen. 50 Prozent von ihnen sind älter als 50, 33 Prozent zwischen 30 und 50 Jahre und 17 Prozent jünger als 30 Jahre alt. Sie würden es ablehnen, als fremdenfeindlich oder rückwärtsgewandt bezeichnet zu werden.“ Auch in dieser Gruppe besteht das Gefühl einer mangelnden Leistungsgerechtigkeit, weil sie trotz relativ hoher Bildung in prekären finanziellen und beruflichen Verhältnissen lebt. „43 Prozent erleben sich als Verlierer der ökonomischen Entwicklung. 72 Prozent sehen mit tiefem Pessimismus in die Zukunft, und das, obwohl sie der Überzeugung sind, alle Fähigkeiten für die Gestaltung eines erfolgreichen Lebens zu besitzen.“⁷⁹

Diese Leute sind sauer, wenn sie hören, Deutschland oder Sachsen gehe es so gut. Während viel Aufwand wegen der selbstverschuldeten Misere der Griechen getrieben werde, rede „über meine Situation kein Mensch. Aber es werden die Arme aufgemacht für Leute, von denen wir überhaupt gar nicht wissen, was die eigentlich in unserem Lande vorhaben“.⁸⁰ Es ärgert viele, dass auf einmal Geld da zu sein scheint, das für „Einheimische“ bislang nicht da zu sein schien – gerade in Sachsen betonte die CDU jahrelang, man müsse sparen.

Dazu kommt, dass die Sachsen im Gegensatz zum Spitzen-Image und zur Wirtschaftskraft Sachsens bei schwacher Tarifbindung wenig verdienen; nur die oberen, meist tarifgebundenen Einkommen profitierten in den letzten Jahren. Insgesamt steigt laut FES-Arbeitnehmerstudie der finanzielle Druck auf Teile der Mittelschicht.⁸¹ Trotz unterschiedlicher Einschätzungen der finanziellen Situation überwiegt übereinstimmend das Gefühl, es gebe keine berufliche Sicherheit mehr, obwohl man sich anstrengt; externe Bedingungen und „die da oben“ bedrohten durch Missmanagement (VW) oder Umstrukturierungen den Job. Die vielschichtige Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verstärkt die Unsicherheit noch. Nicht zuletzt fürchten viele anscheinend auch die Facharbeiter-Konkurrenz von Zuwanderern. „Für viele Bürger ist die soziale Welt [...] hochgradig angstbesetzt. Alle Diskurse der Gesellschaft sind auf Aufstieg ausgerichtet. Doch aus der Gesellschaft des sozialen Aufstiegs der alten Bundesrepublik ist inzwischen eine Abstiegs-gesellschaft geworden. Die Mitte ist in den unteren Bereichen geschrumpft, Abstiegsängste haben sich ausgebreitet. Man trampelt auf der Stelle. Man gibt sich dem Wettbewerb hin, bildet sich fort, arbeitet immer mehr, verdichtet die Poren des Tages immer produktiver im Dienste der Leistung. Man verzichtet auf Ansprüche an das gute Leben, ist pflichtbewusst und verhält sich konformistisch – aber es geht nicht voran.“⁸²

Abb. 8: Aussagen von Pegida-Teilnehmern zum Thema „Zukunftsängste“



Quelle: Rucht 2015.

79 Bude/Lantermann 2015.

80 Bude 2015b.

81 Embacher 2015: 7.

82 Nachtwey 2015.

Es ist daher kein Zufall, dass die Mehrheit der Befragten in den Straßen-Umfragen entweder angab, ein unterdurchschnittliches Einkommen im Vergleich zu sächsischen Normalverdienern⁸³ oder zu Arbeitnehmern in Westdeutschland⁸⁴ zu erhalten. „Pegida ist tatsächlich die sich selbst als sozial und kulturell bedroht sehende untere Mittelschicht: Selbständige, Erwerbstätige aus den Zwischenzonen von Sicherheit und Unsicherheit, deren Leben besonders stark aus dem täglichen Kampf der Selbstbehauptung besteht.“⁸⁵ Solche Einstellungen spiegeln sich auch in den Straßenumfragen wider (siehe Abb. 8).

2.3 Solide Mitte

Viele Pegida-Sympathisanten rekrutieren sich mit dem Blick auf die Einkommens- und Bildungsverteilung aus der „soliden Mitte“.⁸⁶ Sie arbeiten laut den Studien von Heinz Bude meist in Vollzeit als Angestellte, Selbständige oder Freiberufler.⁸⁷ Dieser Gruppe geht es „im Großen und Ganzen gut. Man verfügt über eine mittlere Schulbildung und lebt in finanziell und beruflich gesicherten, wenn auch nicht üppigen Verhältnissen. Man fühlt sich weder bedroht noch an den Rand gedrängt. Im Gegenteil: Menschen aus dieser Gruppe haben ein hohes Selbstbewusstsein und die Gewissheit, ihre Lebensziele weitgehend erreicht zu haben.“ Trotzdem blickt etwa die Hälfte pessimistisch in die Zukunft. „Sie wünschen sich eine Gesellschaft zurück, in der die tradierten Werte wieder zählen: Sicherheit, Disziplin und Leistungswille. Sie sehnen sich nach klaren Lebensverhältnissen zurück, die nicht länger gestört werden von Menschen, die anders denken und leben als sie.“ Sie haben die Sorge, dass es ihnen in Zukunft schlechter gehen könnte.⁸⁸

Diese Gruppe neigt deutlich einem marktförmigen Extremismus zu. Diese Form des Extremismus öffnet aufgrund der ihm innewohnenden Wettbewerbslogik und des auf Menschen bezogenen Kosten-Nutzen-Kalküls die Türen für Abwertung und Ausgrenzung mit dem Argument mangelnder Nützlichkeit und Ineffizienz. Hier findet sich der Anknüpfungspunkt zu Pegida und anderen fremdenfeindlichen Bewegungen: Diese greifen „das vorhandene wett-

bewerbspopulistische Potential offenbar als politisches Sprachrohr auf und scheinen gerade diese ökonomisch menschenfeindliche Verbindung zu kanalisieren. Vor allem hier – bei Personen, die mit den Argumenten der AfD sympathisieren – sind marktförmiger Extremismus und Bedrohungsgefühle besonders stark vertreten“. Hier zeigt sich auch eine starke Verbindung mit einem Sozialdarwinismus: „AfD-Sympathisanten und bedrohte Personen, die marktförmigem Extremismus zustimmten, vertraten auch besonders stark die Meinung, dass sich, wie in der Natur, auch in der Gesellschaft der Stärkere durchsetzen sollte, dass es wertvolles und unwertes Leben gebe und dass die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen seien.“ Menschen, die zusätzlich Angst um ihren Lebensstandard haben, sind anfällig für marktförmigen Extremismus und rechtsextreme Einstellungen – auch in der Mitte der Gesellschaft.⁸⁹

3. Gesellschaftliche Ursachen

3.1 Ringen um Identität, Heimat, soziale Anerkennung und Status

Die Erfolge rechtspopulistischer Parteien in den Nachbarländern sind nicht nur durch deren Propaganda und sozioökonomische Faktoren zu erklären. Parteien wie der Front National (FN) sprechen auch Themen wie das (vermeintliche) Brüchigwerden sozialer Verbindungen und nationaler Ordnungen an, die linke und linksliberale Parteien kaum noch thematisieren. „Die Soziologie der FN-Wähler ist eine linke Soziologie, die sich heute nicht nur gegen „die Bosse“ richtet, sondern auch gegen eine liberale Globalisierung und gegen die multikulturelle Gesellschaft. [...] Dabei ist die Klarstellung wichtig, dass nicht der FN auf die Unterschichten setzt, sondern die Unterschichten setzen auf den FN, um sich gegen die Globalisierung zu wehren und ihre Besorgnis über Migrationsströme zu bekunden.“⁹⁰ Letztlich profitieren die untere Mittelschicht und die Unterschicht nicht davon oder wollen nicht davon profitieren, dass man in Lissabon studieren, in London arbeiten und in Luxemburg ein Bankkonto eröffnen kann.

83 Patzelt 2015.

84 Vorländer/Herold/Schäller 2015a: 48f.

85 Nachtwey 2015.

86 Vorländer/Herold/Schäller 2015a: 48f.

87 Geiges/Marg/Walter 2015.

88 Bude/Lantermann 2015.

89 Zick/Klein 2014: 117f.

90 Guilluy 2015.

Die Idee eines autoritären Nationalismus bekommt gerade in Osteuropa (etwa in Ungarn oder Russland) eine immer stärkere Unterstützung – auch in Ostdeutschland verbunden mit einem zunehmenden Anti-Amerikanismus. Es sind viele Rechtskonservative dabei, welche mit der Moderne allgemein und der Modernisierung Sachsens nicht zurechtkommen, wobei die Modernisierung mit der Deutschen Einheit und einer (vermeintlichen) Übernahme durch Westdeutschland gleichgesetzt wird. In den Straßenumfragen äußerten Pegida-Anhänger am meisten Angst vor einem Verlust der nationalen Kultur und Identität (siehe Abb. 8). Weil sich in Ostdeutschland ganze Landstriche leeren und junge Leute in den Westen oder in die Städte ziehen, verstärkt sich dieses Gefühl enorm. Ohnehin haben der Zusammenbruch der DDR und die daraus resultierende Entwertung von Biografien viele ideell entwurzelt. Man hat zwar jahrelang die mit einem Sachsenpatriotismus umrahmte tendenziell marktradikale Politik unterstützt, doch das Motto „jede(r) ist seines oder ihres Glückes Schmid“, hat auch viele allein zurückgelassen. Manche suchen ihr Heil daher (erneut) in einer Volksgemeinschaft,⁹¹ wenn etwa der Pegida-Autor Sebastian Henning schreibt, die DDR habe „zumindest das Volk nicht leugnen“ können, wenn gleich der Materialismus der Honecker-Ära den Volksgedanken verflacht habe, um dann nach 1989 „zur Bevölkerung und Zivilgesellschaft entwertet zu werden. Nun tritt es [mit Pegida] wieder hervor.“⁹² Dabei scheint diese Sehnsucht nach einer Volksgemeinschaft nicht nur Ausdruck der Verlustgefühle aus der DDR und der Enttäuschungen aus der Wendezeit zu resultieren, sondern auch der hohe Grad an Säkularisierung könnte eine Rolle spielen. Frank Richter hat derart die These aufgestellt, dass bei vielen Menschen Religion als ethische Grundlage fehle, es dann aber nur noch „die Vernunft“ gäbe. Doch die ethische Bildung, das humanistische Bildungsideal sei zu lange vernachlässigt worden und spiele bei Pisa auch keine Rolle. Auch deshalb scheint die Feindlichkeit gegenüber dem Islam so groß: Man habe insgesamt ein Misstrauen gegenüber Transzendenz und Glauben bzw. hat man einfach auch keine Ahnung. Ein wunderbares Beispiel ist der FDP Politiker Jörg Neumann, der sich auf dem traditionellen Dreikönigstag der FDP positiv über Pegida als Vertei-

diger des Abendlandes äußerte, selbst aber nicht wusste, dass der Dreikönigstag an die „drei Weisen aus dem Morgenland“ erinnert. Hingegen meinte er, der Dreikönigstag sei auf das Dreikönigsbündnis zwischen Preußen, Sachsen und Hannover zurückzuführen.⁹³

Verstärkt wurden diese Tendenzen durch die Strategie der seit 1990 regierenden CDU. Diese versuchte genauso wie die FDP, die Identitätslücke nach dem Ende der DDR und das gleichzeitig aufwallende Nationalgefühl in einer sächsischen Identität zu bündeln. Bewusster oder unbewusster Teil dieser Strategie war es, Sachsen immer als „Spitze“ und „herausragend“ und die Sachsen als „besser“ als alle anderen Ostdeutschen und Osteuropäer zu bezeichnen und mindestens (wirtschaftlich) als gleich gut wie die Westdeutschen. Daraus ergab sich als nicht intendierte Nebenwirkung eine Stärkung chauvinistischer und populistischer Positionen. Kritiker sächsischer Verhältnisse wurden schon mal als „Miesmacher“ oder – zugespitzt – als „Volksverräter“ dargestellt. Manche Argumentationen von Pegida fallen derart auf fruchtbaren Boden.

3.2 Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Anders als Sachsen-Anhalt oder Thüringen hat Sachsen bislang keinen Monitor zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit erstellt. Eine Umfrage des Instituts für Kommunikationswissenschaften von 2009 ergab allerdings, dass „der faschistoiden Aussage ‚wir sollten eine Führerpersönlichkeit haben, die Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert‘ jeder vierte Sachse zumindest teilweise zustimmt. Der eindeutig rassistischen Aussage ‚Wir sollten darauf achten, dass wir das Deutsche rein erhalten und Völkervermischung verhindern‘ kann jeder fünfte Sachse etwas abgewinnen. Den harten Kern bilden dabei die zehn Prozent Befragten, die dieser rassistischen Aussage ‚voll und ganz zustimmen‘.“⁹⁴ Sachsen ist auch in aktuellen Umfragen „flüchtlingskritischer“, es liegt mit zehn Prozent weit über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung.⁹⁵ Auch wenn Dresden im Vergleich keine besonders hohe Fremdenfeindlichkeit aufweist, so hat doch ein Drittel der Dresdner Sympathien

91 Vgl. Bittner 2015b. Siehe Beispiele bei Michael Beleites und Sebastian Henning, in: Henning 2015.

92 Henning 2015: 93.

93 Sparrer 2016. Laut Finkbeiner u.a. (2016) sind fast alle Pegida-Demonstranten konfessionslos.

94 Donsbach 2009.

95 Umfrage Uqiqma, in: Sächsische Zeitung, 26./27.09.2015.

„für die Idee, Ausländer wieder nach Hause zu schicken, wenn Arbeitsplätze knapp werden, ein Viertel fühlt sich angesichts ‚der vielen Ausländer‘ ‚wie ein Fremder im eigenen Land‘.“⁹⁶ Und das, obwohl Dresden von allen deutschen Großstädten die niedrigste Ausländerquote aufweist.

Zwar sind größere Teile der Unterstützer und Sympathisanten wie beschrieben mehrheitlich nicht extrem rechts einzustufen – anders als die Organisatoren und ein erheblicher Teil der mitlaufenden Demonstranten (siehe Abschnitt II.5). Trotzdem prägen scheinbar „nationalistische und fremdenfeindliche Ressentiments deutlich das Erscheinungsbild der Abendspaziergänge“.⁹⁷ Die Göttinger Forschergruppe formulierte: „Es dominierte das kulturalistisch-rassistische antimuslimische Ressentiment.“⁹⁸ „Diese dunkle Stimmungslage reicht bis weit in die Mitte der bundesdeutschen Gesellschaft hinein und ist für eine zivilisierte Demokratie gefährlich. Sie hat sich in den letzten Monaten in auffälliger Weise Bahn gebrochen, zuerst gegen eine vermeintliche ‚Islamisierung‘ als Code für die offene Abwertung von Muslime. (...) Mit Wut, Verachtung und Abwertung kann man heute Menschen in den öffentlichen Raum locken.“⁹⁹ Bei aller Heterogenität der Demonstranten sind die „-gidas“ trotzdem gleichzeitig eine Bewegung des Mitte-Rechts-Spektrums der Bevölkerung. Ähnliches zeigt sich bei den 160.000 Personen, die auf Facebook „gefällt mir“ für die Pegida-Seite drückten und besonders viele „Likes“ auf rechten Seiten setzen und auf solchen, die Verschwörungstheorien vertreten, etwa die der NPD, der German Defense League, der Germanischen Götterwelt, von KenFM, Aufwachen Deutschland oder Thor Steinar. Ähnlich wie die Umfragen unter Demonstranten hat zwar auch die Analyse der Facebook-Daten nur eingeschränkte Aussagekraft. „Nicht alle, die Pegida auf Facebook mögen, gehen zu den Demonstrationen, und nicht alle, die demonstrieren, sind Mitglied bei Facebook. [...] Gleichzeitig umgeht die Untersuchung der Facebook-Daten ein typisches Problem jeder Befragung: die soziale Erwünschtheit. [...] Das beeinflusst ihre Antwort. [...]

Vor allem Menschen mit extremen Meinungen, die zu Recht glauben, dass ihre Ansichten sozial nicht unbedingt erwünscht sind, schweigen lieber.“¹⁰⁰

3.3 Misstrauen gegen das Establishment – Politiker, Parteien und Medien

Laut Aussagen von Pegida-Demonstranten war das Hauptmotiv für die Teilnahme eine generelle „Unzufriedenheit mit der Politik“ sowie „Kritik an Medien und Öffentlichkeit“. Erst danach folgten Ressentiments gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern. Das Misstrauen lag bei den Befragten weit über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Schenken im Durchschnitt etwa 66 Prozent den Parteien und 55 Prozent dem Bundestag wenig oder kein Vertrauen, sind es bei den Pegida-Demonstranten fast 100 bzw. über 90 Prozent (siehe Abb. 9).¹⁰¹

Dies bestätigten auch die Mitte-Studien der FES. Personen, die allgemeine Demokratie Zweifel haben, stimmen rassistischen und islamfeindlichen Aussagen stärker zu als der Durchschnitt der Bevölkerung. „Noch deutlicher zeigt sich dies bei Personen, die eine pauschale Kritik an Politikern üben. Dies ist häufig auch ein Ansatzpunkt rechtspopulistischer Politiker, die sich gezielt als Saubermann, rechtschaffen und bürgernah geben und sich so von Politikern demokratischer Parteien abgrenzen.“¹⁰² Auch Personen, die meinen, dass politische Eliten die Demokratie missachten, stimmen dieser Abwertung wesentlich häufiger zu.¹⁰³

In vielen Fällen scheint es eine Motivation zur Beteiligung an Pegida zu sein, „die da oben“ zu ärgern. Heinz Bude stellt in seiner Analyse der von ihm so genannten „Koalition der Angst“ der oben beschriebenen sozialen Gruppen fest: „Man attackiert zuerst Politiker, von denen angenommen wird, dass sie sich den Staat als Beute genommen und nichts anderes im Sinn haben, als wiedergewählt zu werden; dann spießt man Journalisten auf, denen unterstellt wird, dass sie heimlich auf der Gehaltsrolle von Lobbyisten und Werbern stehen; und schließlich läuft

96 Donsbach 2009.

97 Vorländer/Herold/Schäller 2015b.

98 Geiges/Marg/Walter 2015: 181.

99 Zick/Küpper 2015: 11.

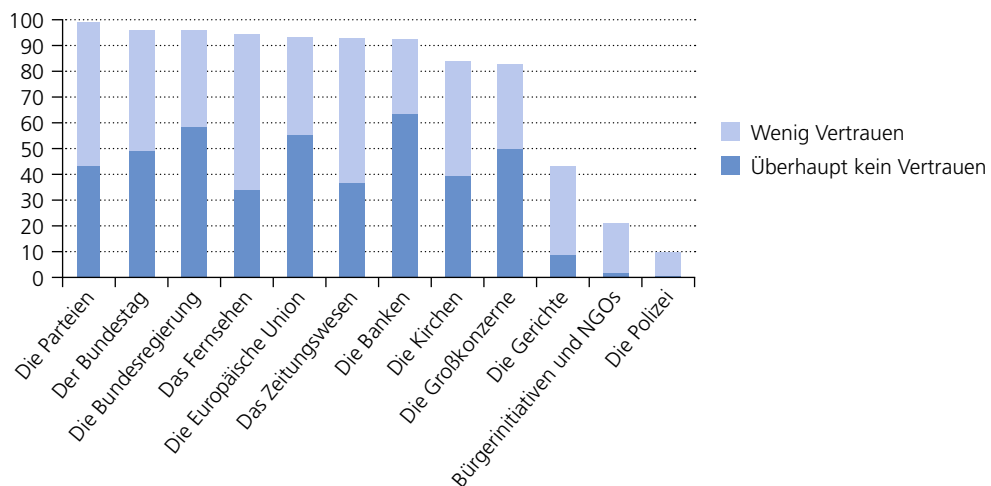
100 Biermann/Blickle/Venohr 2015.

101 Rucht 2015.

102 Zick/Klein 2014: 90f.

103 Zick/Klein 2014: 92.

Abb. 9: Vertrauen in Institutionen



Quelle: Rucht 2015.

man rot an, wenn Repräsentanten von Verbänden auf dem Bildschirm erscheinen, die immer nur die erwartbaren Erklärungen abgeben.“ So wird laut Bude „diffuses Systemvertrauen, das besagt, dass bei aller Kritik im Einzelnen im Grunde alles in Ordnung ist, durch ein ebenso diffuses Systemmisstrauen ersetzt, das trotz positiver Nachrichten über die Rückkehr des sozialen Wohnungsbaus oder den Aufbau einer europäischen Bankenaufsicht immer nur die Bestätigung für den Eindruck sucht, dass nichts in Ordnung ist“.¹⁰⁴ Nur aufgrund dieses Systemmisstrauens werden selbst die absurdesten Lügen geglaubt oder wenigstens für möglich gehalten und damit letztlich als wahr bezeichnet.

In Ostdeutschland wird dieser Beweggrund bestärkt, weil persönliches Versagen sowie gesellschaftliche Probleme eher ‚dem System‘ und ‚denen da oben‘ angelastet werden, die persönliche Verantwortung und gesellschaftliche sowie sozioökonomische Entwicklungen aber weniger reflektiert werden. Viele Politiker bekamen Briefe, in denen gedroht wurde, wenn sie nicht das lokale oder persönliche Problem X (Straßenbau, Flutschutz etc.) angehen würden, gingen die Absender zu Pegida. 60 Prozent der Sachsen, aber nur 47 Prozent deutschlandweit gaben an, die Politik sei Schuld an der Ausländerfeindlichkeit, weil sie keine politische, finanzielle und organisatorische Vorsorge getroffen habe (Umfrage Uniqma 9/2015). Viele scheinen in den 25 Jahren nach der friedlichen Revolution das Vertrauen ver-

loren zu haben – oder haben es nie gewinnen können. Unerfüllbare Versprechungen aus der Wendezeit, die kriminellen Energien im Rahmen der Treuhandverkäufe, der (vermeintliche) Ausverkauf der DDR an Westfirmen, betrügerische Gebrauchtwagen- und Versicherungshändler und die für viele als persönliche Katastrophe erlebte Transformationszeit nach 1990 waren Gründe unter vielen, warum sich nur wenig Systemvertrauen aufbauen konnte.

Dazu kommt nun auch noch Systemmisstrauen. Das neoliberale Diktum der „Alternativlosigkeit“, die (scheinbare) Machtlosigkeit der Politik, die Delegitimierung demokratischer Verfahren, die Krise der sozialen Demokratie sowie Erfahrungen post-demokratischer Politik besonders im Rahmen der Banken-Krise,¹⁰⁵ der Verhandlungen über TTIP oder auch der NSA-Affäre haben zwar in ganz Deutschland das Misstrauen in Politik und Staat gestärkt, doch im Osten bestand eben kaum Systemvertrauen, welches die Kritik konstruktiv hätte abfedern können.¹⁰⁶ Ferner hat die Berichterstattung über der Ukraine-Krise im Sommer vor Pegida das bestehende Misstrauen gegen „die“ Medien geradezu explodieren lassen. Laut einer Forsa-Umfrage (10/2015) stimmten 44 Prozent mehr oder weniger der Aussage zu, die Medien in Deutschland seien „von ganz oben gesteuert“ und verbreiteten „geschönte und unzutreffende Meldungen“. Allerdings dürfen diese Zahlen nicht überschätzt werden, weil viele zwar „den

¹⁰⁴ Bude 2015a.

¹⁰⁵ Vgl. Demuth 2011: 9-38.

¹⁰⁶ Vgl. Zick/Krause/Küpper 2015: 69f.

Medien“ misstrauen, ihrer persönlich genutzten Zeitung etc. aber weiterhin Vertrauen entgegenbringen. Die Negativ-Wahrnehmung wird aber durch Verschwörungstheorien und „Wahrheits“-Seiten bekannter rechter Politikunternehmer im Querfrontbündnis mit linksradikalen Amerika-Hassern im Internet gefördert. Das von vielen als Staatsversagen wahrgenommene chaotische Agieren der Verwaltung in der derzeitigen Flüchtlingssituation hat dieses Denken noch verstärkt.

Die Folge: Sichtbare Fortschritte, Korrekturen oder komplizierte Sachverhalte werden nicht wahrgenommen oder als selbstverständlich erachtet, Missstände dagegen überhöht. Schaut man auf die Zahlen der FES „Mitte“-Studie, so sieht man, wie groß das Misstrauen bei vielen Nichtwählern, aber auch bei AfD- und Linkspartei-Wählern ist. Hier besteht enormes Potenzial etwa für die Forderung der AfD nach mehr direkter Demokratie und einer autoritären Demokratie à la Orbán oder Putin – oder eben für eine Bewegung wie Pegida. Weil Politik und Wirtschaft immer komplizierter erscheinen, sind auch Verschwörungstheorien zur Komplexitätsreduktion weit verbreitet.

3.4 Wutbürgerliches Selbstbewusstsein

Skepsis ist nicht die Sache der Wutbürger, sondern eine höchst selbstbewusst vorgetragene Pseudoskepsis und Selbstsicherheit.¹⁰⁷ Dies unterscheidet viele Pegidisten nicht von anderen Bewegungen der letzten Jahre wie den Piraten oder den Stuttgart

21-Gegnern. „All diese Bewegungen verbindet ein tiefer antiinstitutioneller Impuls der Selbstermächtigung. [...] es war auch [immer] Protest für mehr Bürgerbeteiligung. Von seiner Natur her war der Wutbürger eher links, ökologisch und libertär, aber seine soziale Basis, die expert citizens, vertraten ihre Position häufig in einer apodiktischen Weise, die keinen Widerspruch duldet. Hinter seinen plebiszitären, basisdemokratischen Orientierungen lauerte schon damals bei einigen eine autoritäre Versuchung, die auf Effizienz und Expertentum setzt.“¹⁰⁸

Dabei besteht ein ausgeprägter Egoismus und eine Ich-Bezogenheit, nicht nur in Bezug auf das berühmte Nimby-Prinzip („Not in my back yard“), sondern allgemein auf die eigene Lage. Hört man Aussagen wie „Die hören nie aufs Volk“, kann man sicher sein, dass meistens gemeint ist: „Die hören nicht auf mich, meine Probleme, meine persönliche Meinung und mein Wissen“. Es bedeutet meist nicht „Wir sind das Volk“, sondern „Ich bin das Volk“. Gleichwohl schafft es Pegida durch den rechtspopulistischen Diskurs „wir gegen die“, ein Kollektiv an egoistischen Einzelpersonen zu mobilisieren. Die Attraktivität von Pegida scheint auch daher zu rühren, „dass sie sich als Solidargemeinschaft anbot, in den wöchentlichen Protesten den einzelnen das Erlebnis von Zugehörigkeit vermittelte und sonst wenig erlebten Gleichklang mit vielen anderen herstellte“.¹⁰⁹ Dies beinhaltet die Konstruktion einer „deutschen Opferrolle“¹¹⁰ etwa bei der Griechenlandkrise oder der Aufnahme von Flüchtlingen. Diese kollektive Opferrolle wird mit den persönlichen Motivlagen, Vorurteilen und realen gesellschaftlichen Problemen zu einem gesellschaftlichen Zerrbild verschmolzen und mit verschwörungstheoretischen Ansätzen verschärft, denen zufolge ‚die Deutschen‘ alle Opfer sind. Hier kann auch die Ideologie der „Volks-gemeinschaft“ der „Neuen Rechten“ anknüpfen.

Aus dieser Haltung heraus resultiert die Gegenwehr gegen eine vermeintliche oder echte Political Correctness, insofern diese Gegenwehr nicht ein taktischer Versuch ist, rassistische Positionen hoffähig zu machen. Pegidisten haben ein enormes Sendungsbewusstsein. Von einer Göttinger Forschergruppe durchgeführte Fokusgruppen zeigten, dass



107 Siehe hier die auch die Ergebnisse der Fokusgruppen Geiges/Marg/Walter 2015.

108 Rucht 2015.

109 Geiges/Marg/Walter 2015: 192.

110 Natürlich könnte man auch den Opfermythos um die Bombardierung Dresdens nennen, wengleich dieser nicht die Unterstützung von so vielen jungen Demonstranten und Auswärtigen erklären kann.

die Befragten „die Mainstream-Medien als unfrei, gleichgeschaltet, gesteuert und propagandistisch ablehnen. Diese wirkten nur auf die ‚uniformierten‘ Menschen, sie selbst hingegen hätten die ‚Staatsmedien‘ durchschaut. Ihr Wunsch: eine neutrale Berichterstattung und nichts weniger als die Wahrheit“.¹¹¹ Die „anderen“ seien „indoktriniert“ und „infiziert“, wohingegen man sich selbst „richtig informiere“, um dann unseriöse und propagandistische Seiten wie das Compact-Magazin oder PI-News als Quellen zu nennen.¹¹²

Dies ist auch der Unterschied zwischen Stuttgart 21-Wutbürgern und Pegidisten: Die an Protesten gegen Stuttgart 21 teilnehmende gesellschaftliche Mitte wägt ihre Positionen trotz des populistischen Vokabulars weiter ab, während sich bei den Befragten bei Pegida an keiner Stelle eine solche Abwägung findet, „im Gegenteil: Hier präsentieren sich gerade in der Wahrnehmung von Politikern und Politik recht geschlossene Vorstellungen, [...] die durch die eigene Informationsbeschaffung“ auf rechtspopulistischen Internetseiten „verstärkt wird“.¹¹³ Das hat Folgen für deren Wirkung auf die Demokratie: „Pegida ist ein hasserfülltes, sich selbst isolierendes Paralleluniversum. Mit Wutbürgertum wie bei Stuttgart 21 hat das alles nichts mehr zu tun. Wutbürger reden noch, hören anderen zu, suchen gemeinsame Lösungen, wenn die Wut abgekühlt ist. Der Hass, den Pegida kultiviert und der Pegida charakterisiert, schottet die Bewegung ab, läßt sie mit Aggression auf und macht sie zu einer Gefahr für alle. Er ist reines Gift für eine demokratische Gesellschaft, er zerfrisst sie.“¹¹⁴

Die Erfahrung zeigt, dass bei vielen Wutbürgern trotz des selbstbewussten Auftretens ein „erkennbares Nichtwissen über politische Zusammenhänge und das Funktionieren der Demokratie“ zu beobachten ist. „Dass demokratische Politik sehr lange dauere und Kompromisse suche, dafür bestehe kaum Verständnis“, so der Leiter der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Frank Richter. „Viele hätten ein sehr technokratisches und autokratisches Politikverständnis“.¹¹⁵ Oft sehen sich Gesprächspartner oder Politische Bildner in Diskussionen mit einem im Internet recherchierten

Halbwissen konfrontiert, durchsetzt mit Un- und Halbwahrheiten. Dies wird jedoch mit einem hohen Selbstbewusstsein und dem Bewusstsein vorgetragen, die (einzige) Wahrheit zu kennen, auch gegenüber Experten, deren Wissen sie als manipuliert oder gleich als unwissenschaftlich bezeichnen, wenn diese nicht die Meinung des Fragestellers teilen.

3.5 Zusammenfassung: Erklärungsversuche

Die Analyse macht ersichtlich, warum Pegida gerade in Dresden und Sachsen stark werden konnte. Gleichwohl bedeutet dies nicht, dass das Phänomen auf Dresden und Sachsen beschränkt bleibt, wie man derzeit in Erfurt sieht. Gerade Ostdeutschland scheint angesichts der sozioökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen enormes Potenzial für solche rechtspopulistischen Bewegungen zu besitzen. Sowohl die Episode Sarrazin als auch die Guttenberg-Affäre haben aber gezeigt, dass auch in Westdeutschland (rechts-) populistische Argumentationsweisen gegen das „Raumschiff Berlin“, die „politische Klasse“ und den „Parteienzirkus“ erfolgreich wirken können¹¹⁶ – ohne all diese Phänomene gleichzusetzen.

Die Analyse hat zudem die vielfältigen und völlig unterschiedlichen Gründe für die Teilnahme und den Erfolg von Pegida deutlich gemacht. Die Teilnehmer und Sympathisanten der derzeitigen Bewegungen haben nicht dieselben Interessen und Motivationen. Sie gehen dorthin, weil sie persönlich gekränkt wurden oder gegen GEZ-Gebühren sind; weil sie gegen Parlamentarismus und Pluralismus sind oder gegen einen US-Kulturimperialismus; weil sie keine sozialen Aufstiegschancen sehen, sich zurückgesetzt fühlen oder ihren wirtschaftlichen Erfolg bedroht sehen. Weil sie rechtsextrem oder DDR-Nostalgiker sind oder weil die Staumauer in ihrer Gemeinde nicht gebaut wird. Nur um einige Ursachen zu nennen. Die einzige wirkliche Klammer bildet die Konstruktion eines vermeintlichen gemeinsamen, letztlich aber austauschbaren Feindes. Dies zeigt sich auch an anderen Bewegungen wie der Plauener Initiative „Wir sind Deutschland“. Man distanziert sich dort zwar von den rechten Organisatoren, aber nicht von den Pegida-Teilnehmern selbst, obwohl man eigentlich konkurrierende ver-

111 Geiges/Marg/Walter 2015: 101.

112 Geiges/Marg/Walter 2015: 104f.

113 Geiges/Marg/Walter 2015: 116.

114 Honnigfort 2015.

115 Frank Richter zitiert bei Sparrer 2016.

116 Siehe Interview in der ZEIT, 24.11.2011.

schwörungstheoretische Positionen vertritt: Es dominiert eine Sichtweise, mit der die Schuld an allen Übeln der Welt den USA oder den Politikern zugeschoben wird. Auch die ehemalige Pegida-Frontfrau Kathrin Oertel wechselte in dieses Lager – und warf nun ihrerseits Pegida vor, von den Vereinigten Staaten gesteuert zu sein, um amerikanische Kriege in islamischen Staaten zu rechtfertigen.¹¹⁷

IV. Folgen für das politische System und die politische Bildung

Pegida und andere rechtspopulistische Bewegungen haben erhebliche Auswirkungen auf das politische System, wie auch Entwicklungen in Österreich oder Ungarn zeigen:

- Rechtspopulistische Bewegungen bestimmen das Agenda Setting und werden mit ihren Themen für andere Parteien zu einem zentralen Bezugspunkt. Zudem haben rechtspopulistische Argumentationen einen absurden Einfluss auf andere Themen. Ein Beispiel: Die Rente ist demnach gering wegen der Flüchtlinge, nicht wegen Niedriglohn oder langjähriger Arbeitslosigkeit.
- Sprache und politische Kultur verrohen, politische Diskurse werden emotionalisiert – nicht nur in Debatten um die Flüchtlingsfrage. Die Verspottung von Einzelpersonen gehört zum Grundinventar von Pegida.¹¹⁸ Politiker werden diffamiert mit Ausdrücken wie „Alkoholiker in Brüssel und Berlin“, „grüne Männlein mit Zipfelmütze, Turnschuhen und Holzfällerhemd“, „unverschämte quakende Mädchen mit Dauerforderungen auf den Lippen“ oder als „Kommunisten und Kinderficker“ beschimpft. Doch auch der Freitaler Oberbürgermeister Uwe Rumberg (CDU) sprach von Asylsuchenden als „Glücksritter, die nach Deutschland kommen, um auf Kosten der Gemeinschaft ein sorgloses Leben ohne Gegenleistung zu führen“. Die sächsische, der FDP nahestehende Wilhelm-Külz-Stiftung lud im November 2014 zu einer Lesung von Akif Pirinçci, auf der er „linksversifft Journalisten“ beschimpfte und die Grünen als „Kindersex-Partei“ verunglimpfte. „Das Publikum klatscht begeistert. Im Hotelsaal applaudieren zunächst auch einige FDP-Politiker [...] eifrig dem Provokateur. Sie lassen ihn geifern: ‚In Deutschland können nur noch Behinderte Politiker werden‘“.¹¹⁹
- Gewalt und Alltagsrassismus nehmen zu. Beschimpfungen und rassistische Ausfälle werden salonfähig. Drohungen gegen Engagierte, Angriffe auf Geflüchtete und ausländisch aussehende Personen, Attacken auf Parteibüros sowie die Aggressivität insgesamt – auch bei den Gegnern – haben seit dem Entstehen von Pegida stark zugenommen.
- Das pluralistische demokratische System wird in Frage gestellt. Die Forderung von Rechtspopulisten nach „mehr direkter Demokratie“ hat nicht nur demokratische Mitbestimmung zum Ziel, wenngleich bei manchen Anhängern sicherlich sowohl ein „vulgäres Demokratieverständnis zum Ausdruck kommt, welches Komplexität, Zeitintensität und Kompromissfähigkeit politischer Meinungs- und Entscheidungsprozesse ignoriert“,¹²⁰ als auch eine legitime Kritik an der parlamentarischen Demokratie. Die „Neue Rechte“ verbindet mit direkter Demokratie hingegen auch das explizite Ziel, Parteien, Parlamente und die Gewaltenteilung auszuschalten, um gleichzeitig die Direktwahl eines Präsidenten oder Kanzlers zu fordern – deutlich orientiert an bonapartistischen oder faschistischen¹²¹ Forderungen nach einem Führer, der das Volk als Ganzes repräsentiert. In Polen oder Ungarn kann man in der Praxis beobachten, wie die „Neue Rechte“ agieren würde, käme sie an die Macht.
- Diffuses Systemvertrauen wird geschwächt, diffuses Systemmisstrauen gestärkt bis hin zur Dominanz. Bei immer mehr Leuten entsteht der Eindruck, dass „trotz positiver Nachrichten nichts in Ordnung ist“ – wenn sie positive Nachrichten überhaupt noch wahrnehmen. Dieses massive Systemmisstrauen ist fast völlig inkompatibel mit diffusem Systemvertrauen („bei aller Kritik im Einzelnen ist im Grunde alles in Ordnung“), wie es in der politischen Bildung vertreten wird. Ein solches Klima des Misstrauens ist zum einen Voraussetzung dafür, dass der Rechtspopulist seine Botschaft des „Untergangs des Abendlandes“ an die Frau und den Mann bringen kann. Die andauernde, emotionalisierte Übertreibung von Untergangsszenarien ist in der rechtspopulistischen Argumentation entscheidend: Der Rechtspopu-

117 Vgl. Demuth 2015a.

118 Schielicke 2015.

119 Löbbers 2014.

120 Vorländer/Herold/Schäller 2015b.

121 Bittner 2015a.

list muss das angefixte Publikum weiter bedienen, um es bei Laune zu halten. Auch deshalb kündigt Bachmann jede Woche „Überraschungen“ und „Enthüllungen“ an. Zum anderen führt das diffuse Systemmisstrauen dazu, dass jede hanebüchene Botschaft als möglich erachtet oder gar als Wahrheit hingestellt werden kann. In einem Redebeitrag der Pegida-Konkurrenz-Bewegung „Wir sind Deutschland“ in Plauen behauptete etwa einer der Organisatoren ernsthaft, „das wahre Ziel der Herrschenden“ sei es, dass Bargeld abzuschaffen. „Wenn das passiert ist, dass man uns das Bargeld wegnimmt, dann haben wir keinerlei Rechte mehr, dann brauchen wir nicht mehr auf Arbeit gehen. Dann müssen wir aufrufen zum Generalstreik“.¹²²

- Pluralistische Medien werden massiv in Frage gestellt („Lügenpresse“). In Feuilletons und politischen Analysen wird seit Jahren Kritik an Medien geübt, etwa in Bezug auf Medien-Konzentrationen, die Macht der Werbekunden, Empörung- und Herden-Journalismus oder Einsparungen in den Redaktionen. Spätestens durch die defizitäre Berichterstattung über die Ukraine-Krise hat die Verunsicherung weite Teile der Mitte erreicht. Allerdings offenbart sich hier keine konstruktive Kritik, sondern ähnlich wie gegenüber der Politik ein massives Misstrauen in das Mediensystem als Ganzes. Propagandistische Kampagnen-Portale mit klar rechtspopulistischer Aufladung wie Netzplanet, Kopp-Verlag, Michael Mannheimer, Honigmann oder Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten oder auch russische Propaganda nutzen dieses Misstrauen für ihre eigenen Geschäfte und politischen Interessen. Im Rahmen der derzeitigen Flüchtlingssituation haben eine ganze Reihe von rechten, populistischen und/oder alarmistischen Medien große Wachstumsraten erzielt.¹²³ Selbst Gesellschaftskundelehrer haben Schwierigkeiten, wie Erfahrungen aus der sächsischen Lehrerfortbildung zeigen, berechnete Kritik an den Medien und rechtspopulistische Propaganda zu unterscheiden.

Allerdings könnte das Auftauchen von Pegida vielleicht sogar positive Folgen für die politische Bildung haben. Fünf Aspekte seien hier genannt:

- Sachsen wird gerade politisiert. Der sächsischen Demokratie tut dies gut. Problematisch ist jedoch, dass diese Politisierung durch die hohe Emotionalisierung und Aggressivität nicht zur Diskussion genutzt werden kann, auch weil die Konfliktkultur in Sachsen nur schwach ausgeprägt ist. Zudem folgte die Politisierung auf eine Phase der Entpolitisierung – viele Bürger verstehen aufgrund von Halbwissen oder Überforderung Politik überhaupt nicht mehr und gehen deshalb rechtspopulistischen Zuspitzungen, Lügen und Halbwahrheiten auf den Leim, das aber mit viel Selbstbewusstsein. Das hohe Selbstbewusstsein verhindert, dass die Menschen lernen wollen – sie „wissen“ ja schon „alles“ und besitzen „als Einzige“ die Wahrheit“.
- Die Sachsen müssen sich gegen oder für etwas positionieren. Das ist neu, konnten sich die meisten bislang doch durch eine entpolitisierte Landschaft lavieren. Murren statt Klartext und Haltung waren Normalität. Nie zuvor haben sich so viele Institutionen und öffentliche Personen in Dresden zu einem Thema positioniert. Problematisch ist allerdings, dass diese Positionierung bislang nicht positiv genutzt wird, sondern in einer Freund-Feind-Haltung verharret. Es besteht dazu das Dilemma, dass eine klare Haltung gegen die rechtsradikale Pegida-Führung von Seiten der Demokraten nötig ist, gleichzeitig nutzt diese Positionierung nur dem Rechtspopulisten. Weil man ihn als gesellschaftlichen Outsider behandelt, wirkt seine Inszenierung als Gegner des „Alt-Parteiensystems“ erst recht glaubwürdig.
- Selbst die Polarisierung könnte man aber als positive Entwicklung verstehen, folgt man der Demokratietheoretikerin Chantal Mouffe. Sie hat darauf hingewiesen, dass das neo-liberale TINA-Prinzip („there is no alternative“) zu einer „Schließung des demokratischen Raums“,¹²⁴ zu einer Entpolitisierung und zu einer Aushöhlung des Pluralismus als demokratisches Prinzip moderner liberaler Demokratien geführt hat.¹²⁵ Es ergab sich eine vermeintlich neue Einteilung der politischen Welt in Freund und Feind – nicht mehr links gegen rechts, sondern Pragmatiker versus Ideologen. Das Problem ist allerdings, dass Pegida und AfD

122 „Wir sind Deutschland“-Kundgebung in Plauen vom 01.11.2015, Video eingesehen am 03.11.2015.

123 Siehe www.10000flies.de/blog/die-likemedien-top-100-im-september-fluchtlingskrise-wirbelt-ranking-durcheinander-focus-springtauf-platz-2-bild-nur-noch-knapp-vorn/.

124 Mouffe 2010: 84.

125 Mouffe 2010: 34.

diesen Gegensatz ebenfalls nutzen und verstärken – letztere ähnlich wie im neoliberalen Diskurs („gesunder Menschenverstand“ gegen „ideologisches Parteienkartell“). Beide argumentieren anti-pluralistisch. Bachmann bedient clever gesellschaftliche Spaltthemen wie die wahrgenommene Distanz zwischen Politik und Bürgern, zwischen ‚denen da oben‘ und ‚denen da unten‘ sowie den gesellschaftlichen Konflikt zwischen Akademikern und Nicht-Akademikern. So nutzt die Polarisierung den Rechtspopulisten und nicht einer pluralistischen Demokratie.

- Als Reaktion auf Pegida engagieren sich viele Bürgerinnen und Bürger für Geflüchtete. Faktisch ist dies die zentrale gesellschaftliche Gegenbewegung gegen die rechtspopulistische Bewegung in Dresden. In manchen Stadtteilen und Gemeinden bildet sich durch dieses Engagement zum ersten Mal ein zivilgesellschaftliches Netzwerk.

Das Problem ist, dass viele Engagierte auszubrennen drohen, sollten sie nicht mehr unterstützt werden. Das Dauerfeuer der „Asylkritiker“ und natürlich auch negative Erlebnisse in der Flüchtlingsarbeit haben hohes Demotivationspotenzial.

- Viele Pegidisten scheinen noch nie vorher demonstriert zu haben. Pegida führt also zu politischem Engagement, könnte man zugespitzt formulieren.

Das Problem dabei ist: Auch weil diese Menschen noch nie demonstriert haben oder politische Prozesse nicht oder falsch verstehen, überschätzen sie die Demonstration als Protestform. ‚Ich demonstriere, jetzt muss die Politik mir sofort eins zu eins folgen‘: Diese Erwartung ähnelt eher dem DDR-Eingabewesen als einem demokratischen Diskurs.

V. Thesen: Folgerungen für die politische Bildung

Welche Folgen hat dies nun für die politische Bildungsarbeit in Sachsen?

Die in Sachsen hart diskutierte Frage, ob Pegida entweder mit null Toleranz zu begegnen sei oder aber auf deren Ängste eingegangen werden sollte, scheint laut dem Wiener Journalisten Robert Misik „mögli-

cherweise völlig unfruchtbar, da es gute Gründe für die Annahme gibt, dass keine der beiden Varianten erfolgreich ist.“ Entscheidend sei nämlich zu verstehen, dass das Schwungrad der populistischen Erfolgsstrategie darin besteht, ein „wir gegen sie“ und „wir gegen die da oben (Politiker etc.) oder da unten (Flüchtlinge)“ zu konstruieren. Sei eine solche populistische Konstellation einmal etabliert, sagt Misik, könne man dagegen nur noch schwer argumentativ vorgehen – was gerade bei Pegida zu beobachten ist. „Das populistische Element wird dann selbstvident, es gilt als Klartext, den die anderen nicht hören wollen [...]. Der Populist verbittet sich jedes Gegenargument, denn dieses ist eben kein solches, sondern der Versuch ihm das Wort zu verbieten.“¹²⁶ Alternativ wird die verschwörungstheoretische Karte gespielt, indem dem Gegenpart vorgeworfen wird, er sei gekauft oder manipuliert.¹²⁷

Was hilft also gegen Rechtspopulismus? Politische Bildung kann natürlich nicht die Fehler von Teilen der Politik oder ungute gesellschaftliche Entwicklungen ausgleichen.¹²⁸ Robert Misik sagt, helfen würde eine progressive Politik, „der die Bürger zutrauen, dass sie die Welt besser, das Leben sicherer, die Wirtschaft gerechter, die Ungerechtigkeiten geringer, die Fallhöhe zwischen Privilegierten und Unterprivilegierten kleiner macht, und die denen, die sich – meist zurecht – als zu kurz gekommen empfinden, zumindest das Gefühl gibt, einen Fürsprecher zu haben“¹²⁹. Dazu scheint die politische Bildung auf den ersten Blick wenig beisteuern zu können.

Es ist zudem klar – auch mit dem Blick auf die europäischen Nachbarn –, dass es keine Patentlösungen gibt und Lösungsansätze in der Theorie besser klingen, als sie praktisch umsetzbar sind. Wie Misik leider richtig anmerkt, sind manche Zielgruppen kaum noch erreichbar, sie wollen auch gar nicht erreicht werden. Pegida-Anhänger und -Sympathisanten, welche die oben genannte Verachtung gegenüber politischen und medialen Eliten in der Demokratie pflegen, sehen politische Bildung – ähnlich wie die Medien – als Teil des ‚Systems‘, so dass dabei sowieso nur im Interesse der Herrschenden gelogen werde. Oder sie empfinden Bildungsangebote als westdeutsche Arroganz und Paternalismus. Auch scheint es gerade bei älteren Bürgerinnen und Bürgern nur sehr schwer möglich,

126 Misik 2015: 169.

127 Vgl. Demuth 2015b.

128 Demuth 2015a.

129 Misik 2015: 172.

in der DDR gelernte Denkmuster, die zu rechts-populistischen Argumentationen passen, noch zu verändern. Die Versäumnisse der Wendezeit und der 1990er-Jahre können nicht einfach kompensiert werden.

Gleichwohl lohnt es sich natürlich, Strategien und Zielgruppenansprache der politischen Bildung zu überprüfen. Im Folgenden finden sich Thesen, wie die politische Bildungsarbeit auf Rechtspopulismus und andere Formen von Systemmisstrauen¹³⁰ reagieren könnte.

1. Strategische Folgerungen für die politische Bildung

Blickt man auf die erfolgte Analyse, stellen sich verschiedene Herausforderungen für die politische Bildung.

- 1) Die politische Bildung muss weiter über Rechts-extremismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit aufklären. Organisierte Nazis, NPD oder Vertreter der „Neuen Rechten“ sind die wichtigsten Katalysatoren, Multiplikatoren und Organisatoren der fremdenfeindlichen Proteste, nicht zuletzt im ländlichen Raum. Sie bieten sich als Problemlöser vor Ort an – etwa als „Bürgerinitiativen“ mit Namen wie „Besorgte Bürger für...“ oder „Nein zum Heim“. Dies ist nicht neu, die NPD verfolgt diese Strategie (im Osten) schon lange. Die extreme Rechte ist mit für die Verbreitung von Lügen, Hetze und Gewalt verantwortlich. Seit Jahren wurde vor dem Versuch gewarnt, die Grauzone zwischen extremer Rechter und Rechtskonservativen zu verwischen. Mit Pegida ist das in Dresden und Sachsen teilweise gelungen. Die Rolle der „Neuen Rechten“ und deren antidemokratische und völkische Ideologie muss auf die Tagesordnung der politischen Bildung – mit Polen und Ungarn gibt es praktische Beispiele in der aktuellen Politik.
- 2) Rechtspopulismus stellt die politische Bildung vor andere Fragen als die Beschäftigung mit klassischen Rechtsextremen – gerade auch, weil populistische Positionen im gesellschaftlichen Diskurs an Bedeutung gewonnen haben und die

extreme Rechte ihre Strategien teilweise angepasst hat. Die „Neue Rechte“ bezieht sich in der Regel nicht auf Nazis, sondern auf die antidemokratischen Vorläufer der konservativen Revolution in der Weimarer Republik, die wiederum intellektuelle Stichwortgeber der Nazis waren. Sie spricht meist nicht von „Rassen“, sondern von „Kultur“ – und meint in der Regel dasselbe. Sie bleibt meist innerhalb der Grenzen des Legalen und ruft nach Meinungsfreiheit und „Political Incorrectness“ – und will doch nur die Meinung der anderen verbieten. Sie argumentiert ideologisch – und behauptet, nur die anderen seien Ideologen und Faschisten, man selbst repräsentiere die Mitte jenseits von Links und Rechts. Didaktisch scheinen dagegen neben analytischen Veranstaltungen auch spielerische Ansätze möglich (etwa *Hate poetry*), um den wahren Charakter der rechtspopulistischen Bewegungen transparent zu machen.¹³¹

- 3) Politische Bildungsarbeit muss soziale Ängste in den Blick nehmen. Dafür kann es sinnvoll sein, sich indirekt über andere Themen mit Pegida-Anhängern zu beschäftigen. Verschwörungstheoretisch und rechtspopulistisch vereinnahmte Pegida-Anhänger gleichen nämlich eher Impfgegnern als rationalen Diskurspartnern, so dass der Versuch der Korrektur von Fehlinformationen meist scheitert, stattdessen Vorbehalte sogar noch verstärkt werden. Menschen ordnen Informationen meist so ein, dass sie zu ihrer bestehenden Meinung passen; widersprechende Informationen blenden sie aus oder tun sie als unglaubwürdig ab (Stichwort „Lügenpresse“). Im Experiment überprüften Impfgegner allerdings ihre Einstellung eher, wenn sie Erfahrungsberichte der Eltern über Krankheitsfolgen gelesen hatten. Überträgt man dies auf durchaus ähnliche Argumentationsmuster zur Flüchtlingsthematik, dann scheint es erfolgreicher zu sein, nicht defensiv die Argumente des Gegenübers zu entkräften, sondern proaktiv die eigentlich hinter der Hetze stehenden Ängste anzusprechen: die Angst vor Altersarmut, Gründe für geringe Löhne und einer bestehenden Leistungsungerechtigkeit in der Gesellschaft.

130 Vgl. Demuth 2011: 9-38.

131 Vgl. Bednarz/Giesa: 192-201.

- 4) Politische Bildung muss den Diskurs ‚Wir gegen die anderen‘ aufbrechen. Selbst in den Medien und manchmal auch in der politischen Bildung wird zu sehr in Schablonen gedacht. Dadurch werden populistische Argumentationsschema wie ‚die einen gegen die anderen‘ reproduziert. So wird von Fehlern *der* Politik gesprochen, obwohl vielleicht nur eine bestimmte Partei oder eine Regierungskoalition zu kritisieren wäre. Es wird *die* EU für eine Politik verantwortlich gemacht, obwohl einzelne Regierungen im Ministerrat bestimmen oder blockieren. Es wird Kritik an *den* USA geübt und nicht etwa an den rechtskonservativen Politikern der Regierung George W. Bush im Rahmen des Irak-Kriegs. Aufgebrochen wird das „die“ und „die anderen“ auch dadurch, indem etwa Gewalt und Intoleranz von Rechtsextremisten und extremen Islamisten (Anders Breivik und IS), von Rechtspopulisten und Salafisten verglichen werden. Islamisten stellen sich gegen Gleichstellung, aber auch viele Rechtskonservative tun das. Auf solche Differenzierungen sollte in der bei der Konzeption von Seminaren noch stärker als bisher geachtet werden. Hier könnten Instrumente aus Rhetorik-Wettbewerben helfen, indem etwa Positionen ausgelost werden.
- 5) Die Ausbreitung eines diffusen Systemmisstrauens in bürgerlichen, rechten und linksliberalen Milieus muss stärker als Voraussetzung mitgedacht werden – nicht zuletzt, weil politische Bildung selbst zum Ziel des diffusen Systemmisstrauens und einer Delegitimierungsstrategie von rechts wird, indem ihr vorgeworfen wird, sie lüge „im Sinne der Herrschenden“. Institutionen der politischen Bildung werden diese Unterstellungen bei den „harten Fällen“ schwer entkräften können – auch weil es vielen um die Diffamierung der demokratischen Institutionen an sich geht, nicht um Verbesserungen. Es kann allerdings der delegitimierenden Wirkung in weitere Milieus hinein entgegengewirkt werden. Dafür wäre es sinnvoll, sich inhaltlich und didaktisch stärker auf diese neue Konstellation einzustellen. Ziel könnte es sein, bei bestimmten Themen stärker herauszuarbeiten, dass das Glas sowohl halb voll als auch halb leer sein kann. Oder man visualisiert die Pluralität von Diskursen und Meinungen, um das Argument zu entkräften, es gebe ein „Meinungskartell“. Bedeutsam scheint zudem der Umgang mit Unter-
- gangsszenarien: Viele Unterstützer von Pegida und Co. freuen sich geradezu über Missstände und Katastrophen, weil sie hoffen, hierdurch die Gesellschaft zum gewünschten Systemumsturz zu treiben.
- 6) Skepsis muss gestärkt, Pseudoskepsis entlarvt werden. Der Blogger Sascha Lobo hat darauf hingewiesen, dass es sich bei der neuen Mode des „Zweifeln“ – auch im Rahmen von Pegida – um eine „Pseudoskepsis“ handelt, genährt von diffusem Systemmisstrauen. Echte Skepsis „versucht, durch Zweifel und Hinterfragen zu verstehen. Sich zweifelnd Wissen erarbeiten statt unüberprüft herumzuglauben. Die Frage [also], stimmt das überhaupt?“ Die moderne Medienmaschinerie habe nun im Verbund mit dem Internet einen „schlechten Bastard der Skepsis ans bildschirmfahle Licht gebracht. Ein düsterer, dämmlicher Zwilling der Skepsis, den es schon immer gegeben haben mag, der aber durch das Netz besonders sichtbar wurde und aus allen Spalten quillt: die bitterfalsche Pseudoskepsis. Nichts glauben, schon gar nicht denen da oben, drei Ausrufezeichen, ‚Lügenpresse‘ [...]. Skepsis fragt, Pseudoskepsis ruft aus. Die Schaumkrone der Pseudoskepsis bildet eben die Verschwörungstheorie, die die Beweislast mithilfe des Zweifels schlicht umdreht: Zweifel an A werden als Beweis für B betrachtet“ (SPON, 04.02.2015). Wenn etwas nicht zu belegen ist, macht das alles nur bedrohlicher – weil „die da oben“ oder „das System“ die Wahrheit angeblich vertuschen. Das Spannungsverhältnis zwischen Skepsis und Pseudoskepsis (besonders auch im Rahmen der Political-Correctness-Debatte) sowie die Rolle von Emotionen müssen stärker als bislang in die Didaktik der Veranstaltungen, in Veröffentlichungen oder in Instrumente (Erklärtafeln, Videos) eingebunden werden.
- 7) Medien-Bildung ist wichtig. Zum einen ist es erstaunlich, wie gedankenlos viele Nutzer Medieninhalte konsumieren und wie schnell sie unseriösen Medienangeboten glauben. Erfahrungen aus der Lehrerfortbildung in Sachsen zeigen, dass selbst (Gesellschaftskunde-)Lehrer davor nicht gefeit sind. Zum anderen ist es erschreckend, wie sich Gleichgesinnte in Internetforen und rechtspopulistischen ‚Informations‘-Seiten gegenseitig bestärken, wodurch sich die Dauererregung nach oben schraubt und „eine auf-

trumpfende Besserwisseri“ produziert.¹³² Sympathisanten und Anhänger befinden sich dabei zunehmend in einer Medienblase, die einer Pseudo-Logik folgt: Die Medien lügen immer (!), außer sie teilen meine Meinung. Dann ist es die „Wahrheit“. „Wir alle erleben im Netz und auf den Veranstaltungen, wie einerseits alles als ‚Lügenpresse‘ gebrandmarkt wird, [...] aber alle Inhalte, die zur eigenen Gedankenwelt passen, die werden fleißig kolportiert und geteilt. Wenn es passt, ist Lügenpresse eben gerade recht genug.“¹³³ Diesen Zusammenhang kann die politische Bildung transparent machen.

Politische Bildung sollte künftig ferner vermehrt über unseriöse Angebote wie Netzplanet, Kopp-Verlag, Michael Mannheimer, Honigmann oder Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten aufklären, indem sie deren ideologische Nutzung von Lügen und Halbwahrheiten sowie (Verkaufs-)Mechanismen aufdeckt. Ihr könnte noch stärker die Rolle zufallen, das (kritische) Zusammenspiel von Presse, Politik und Mediennutzern zu erklären. Schließlich müssen die Funktionsweise sowie die Unterschiede von Propaganda, politischer Kommunikation und Umgang mit der Pressefreiheit in Demokratien (z.B. Lüge der Bush-Regierung im Rahmen des Irak-Krieges) und Autokratien (Putin, Erdogan, Orbán) Thema werden.

- 8) Politische Bildung muss die Politik- und Systemverdrossenheit angehen. Es gibt derzeit nur wenige Menschen, die für Ausrufe der Frustration über Politiker gar keine Sympathie haben, so der Kolumnist Michael Bittner: „Wer mag schon Politiker? Fundamentalkritik stößt also immer auf reichlich Zustimmung. Der faschistische Trick besteht nun [aber] darin, die eigene Partei nicht als eine Partei unter vielen, sondern als einzig legitime Vertretung der ganzen Nation darzustellen.“ Genau hier muss die politische Bildung noch stärker ansetzen: Welche Interessen haben die neurechten Politikunternehmer? Was läuft gut am politischen Betrieb – und was nicht so gut? Auch hier ist das Glas halb voll. Veranstaltungen mit Politikern könnten noch stärker als bislang Formate auf gleicher Augenhöhe sein, etwa mit Methoden wie world café, Fishbowl,

Planspielen oder spielerischen Positionswechseln, um mehr Empathie für die Situation des anderen zu entwickeln.

- 9) Verschwörungstheorien müssen thematisiert werden. Trotz des hochaktuellen Themas fehlt meist der Blick auf die Verbreiter von Verschwörungstheorien. Dies mag daran liegen, dass die meisten Verschwörungstheoretiker in den Medien als geisteskrank beschrieben werden, als Menschen, mit denen man sich nicht beschäftigen müsse. Zwar gibt es in der Tat viele „Wahnsinnige“ in dieser Gruppe. Doch „der Glaube, dass andere sich verschwören, weist eben nicht darauf hin, dass ein Mensch im medizinischen Sinne geisteskrank ist, sondern umgekehrt: Es gibt bestimmte Geisteskrankheiten, die mit einem Verschwörungsglauben einhergehen“.¹³⁴ Politische Bildung könnte sich damit beschäftigen, wer Verschwörungstheorien aktiv verbreitet und damit Interessen verfolgt. Die bei Verschwörungstheorie-Verbreitern beliebte Frage ‚cui bono?‘ (wem nutzt das?) muss umgekehrt werden: Wer verdient an Verschwörungs-Büchern oder Werbeanzeigen auf rechten Internetseiten?¹³⁵
- 10) Die Transformationsphase von Ostdeutschland muss wieder auf die Tagesordnung. Vieles in Ostdeutschland ist seit dem Mauerfall gut gelaufen, vieles ist aber auch nicht in Ordnung.¹³⁶ Hatte man in der DDR den Westen entweder idealisiert oder völlig verteufelt, so fand in den folgenden 25 Jahren kaum eine öffentliche Auseinandersetzung statt mit der sozialen Marktwirtschaft, der Demokratie oder den eigenen Schicksalsumbrüchen und politischen Hoffnungen der Wendezeit, zumal viele Westdeutsche diese Erfahrungen als „Jammern“ diffamieren oder reklamieren, jetzt ist mal der Westen dran. Gerade junge Ostdeutsche erleben dieses Schweigen und gleichzeitige laute Murren der Eltern. Zudem werden diese Denkmuster von Eltern und Großeltern weiter tradiert. Auch die Nazi-Gewaltausbrüche zwischen 1988 und 1994 mit ihren Kontinuitäten haben bis heute wenig Aufarbeitung er-

132 Misik 2015: 170.

133 Deckow 2015.

134 Klöckner 2012.

135 Siehe Bednarz/Giesa 2015: 135-140.

136 Siehe Beitrag im ZEIT-Magazin, „Tut doch nicht so, als sei alles in Ordnung“, 07.09.2015.

fahren. Diese Aufarbeitungsprozesse könnte die politische Bildung leisten – gerade 25 Jahre nach der Einheit. Theater und Fishbowl oder Zeitzeugen-Formate wären hier die richtigen Methoden – auch mit der Frage: Was wurde zum Positiven gewendet?

- 11) Politische Bildung muss Komplexität und Differenzierung, aber auch Werte und Haltung begreifbar machen. Viele Bürger sind überfordert, weil sie sich zum einen nicht, zu wenig oder zu einseitig mit politischen Prozessen und Themen beschäftigen, zum anderen weil Politik durch Mehrebenen-Systeme und globale Zusammenhänge kompliziert und undurchschaubar geworden ist. Die Komplexität von Themen (und Lösungen!), verschiedene Blickweisen sowie (nicht intendierten) Folgen von Politik sollten deshalb stärker in die Didaktik von Veranstaltungen, von Veröffentlichungen oder Instrumenten berücksichtigt werden, weil viele „Meinung“ mit „Fakten“ zum Thema verwechseln und diese Meinung mit im Internet recherchierten Halbwissen als Wahrheit präsentieren. Sowohl bei Pegida-Anhängern als auch bei anderen zivilgesellschaftlichen Protesten der letzten Jahre war die Neigung zu beobachten, Komplexität zu leugnen und eine unzweifelhafte, neutrale, ‚wahre‘ Objektivität zu suchen,¹³⁷ die natürlich der eigenen Meinung entspricht. In diesem Kontext könnte es helfen, Haltung, Werte und einen moralischen Kompass zu thematisieren. Politische Bildung muss verstärkt erklären, dass es keine objektive, interessenfreie und moralisch bessere Wahrheit oder echte Neutralität gibt. Sie muss Komplexität erklären und visualisieren, zum Beispiel, wie komplex der Syrien-Konflikt mit Dutzenden von Akteuren ist.
- 12) Themen wie Flüchtlingspolitik, Islam, Integration oder Heimat müssen kritisch diskutiert werden, auch im Sinne „gefährlicher Begegnungen“ (Heinz Bude), in denen es nicht nach Plan läuft und der Widerspruch und Dissens als Gewinn gesehen wird – ohne allerdings, das ist entscheidend, den Wortergreifungsstrategien und der Hetze der extremen Rechten und Rechtspopulisten Raum zu geben. Die Prämisse

„we agree to disagree“, also das Eingeständnis unterschiedlicher Meinungen, ist allerdings für viele Pegidisten schwer zu verstehen, weil ausschließlich sie die „Wahrheit“ zu kennen glauben. Populären Vorurteilen und Darstellungen muss (mühsam) mit Fakten widersprochen werden – auch wenn das oft wie vergebliche Liebesmüh erscheint.

- 13) Was bedeuten Pluralismus und (liberale) Demokratie? Angesichts des identitären Demokratieverständnisses in der rechtspopulistischen Argumentation sowie der Tradierung solcher Denkmuster aus der DDR muss wieder echte Demokratiebildung auf die Tagesordnung – weniger als Institutionen-Lehre, sondern als Diskussion über Grundsätze der Demokratie („was steht eigentlich im Grundgesetz – und was bedeutet dies für Minderheitenrechte, soziale Demokratie und Rechtsstaat“) und pseudodemokratische Argumentationen. Demokratie muss verteidigt und nicht nur erklärt werden. Rechtspopulisten und ihren Unterstützern geht es um die „Deutungshoheit und damit die Macht über die Gedanken von Menschen“,¹³⁸ gegen eine tolerante und liberale Zivilgesellschaft mit den Vorbildern eines autoritären Nationalismus wie unter Orbán oder Putin.
- 14) Marktförmiger Extremismus ist ein wichtiges Thema. Die marktradikale Ideologie der letzten 25 Jahre hatte in (Ost-)Deutschland erheblichen Einfluss nicht nur auf politische Entscheidungen, sondern auch auf Mentalitäten und Einstellungen. Die Folgen für Demokratie, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und politische Einstellungen sollten stärker als bislang Thema der politischen Bildung werden: die Einteilung von Menschen in „nützlich“ und „nicht nützlich“, das jahrelange Mantra von Wirtschaftsführern, „Politiker sind unfähig, Wirtschaftsführer oder Fachleute müssen bestimmen“, oder die Bewertung „Demokratie ist zu langsam – in China wird die Autobahn schneller gebaut“ sind nur einige demokratiefeindliche Aussagen, wie man sie immer wieder hören kann.

137 Geiges/Marg/Walter 2015: 195.

138 Bednarz/Giesa 2015: 68.

- 15) Politische Bildung muss interkulturelle Kompetenzen vermitteln. Weil es im Osten kaum Menschen mit Migrationshintergrund gab, spielte auch das Thema eine untergeordnete Rolle. Was aber nicht heißt, dass es nicht auch im Westen hohe Defizite gibt, meist in Form eines Aber-Rassismus („Mein Kollege Mehmet ist in Ordnung, aber die Türken...“).

2. Zielgruppen und didaktische Implikationen

Manche Zielgruppe wurde von der politischen Bildung kaum erreicht. Politische Bildung muss – genauso wie die Politik – aus ihrer Komfortzone ausbrechen, indem sie ihre Formate und Zielgruppenansprache überprüft. Sie ist teilweise zu elitär und zu sehr auf Bildungsbürger ausgerichtet.

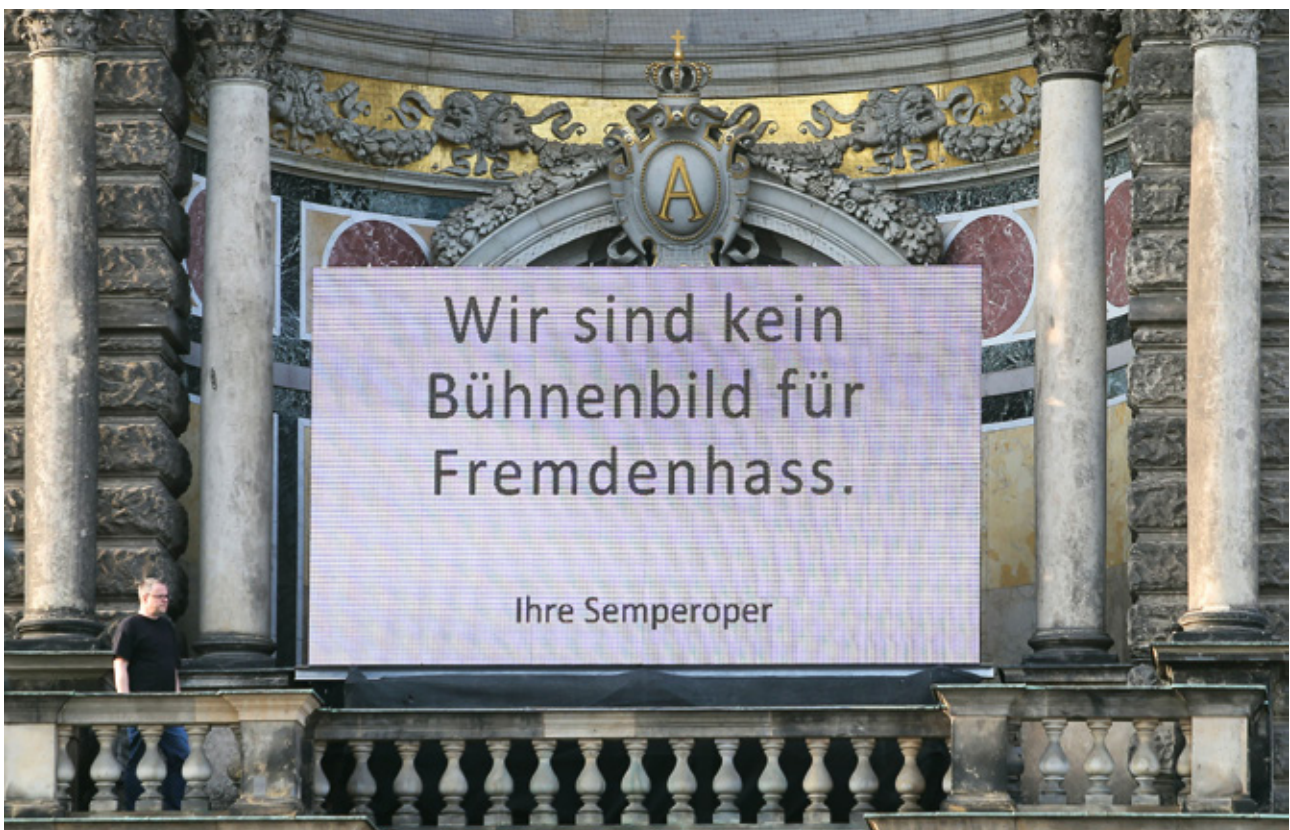
- 16) Junge (Männer) mit formal mittlerer und geringerer Bildung (Haupt- und Realschule): Diese Zielgruppe ist nicht einfach zu erreichen, auch weil sie Studien zufolge bislang (!) entpolitisiert war. Sie weiß sehr wenig über Politik im Allgemeinen sowie politische Prozesse und hat wenig Interesse, daran etwas zu ändern. Jedoch müssten für die Ansprache dieser Zielgruppe Ressourcen aufgebracht und vor allem der Ansatz der Bildungsarbeit geändert werden. Ziel führend könnte es sein, die Gruppe indirekt, etwa über Themen wie „Leistungsgerechtigkeit“, oder provokativ anzusprechen. Zudem scheinen Stolz, Sicherheit und Wertschätzung von Arbeit wichtige Themen zu sein. Grundsätzlich muss politische Bildung in Berufsschulen deutlich gestärkt werden.
- 17) Erzieher und Sozialarbeiter: Diese Multiplikatoren sollten mit politischer Bildung gestärkt werden. Sie stehen rechtspopulistischer Argumentation oftmals hilflos oder neutral gegenüber. Auch in dieser Gruppe gibt es diffuses Systemmisstrauen.
- 18) Lehrer: In Sachsen mussten viele Russischlehrer zu Gesellschaftskunde umschulen – viele waren davon nicht begeistert. Es fehlen ein Brennen für Demokratie und eine demokratische Haltung, die oftmals fälschlicherweise mit „parteilichter Positionierung“ verwechselt wird – gerade auch wegen Erfahrungen in der DDR. Allgemein müssen Lehrer über die im Text beschriebenen Phänomene sensibilisiert werden. Auch Lehrer sind nicht gefeit vor Verschwörungstheorien. Hier muss die Lehrerfortbildung intensiviert werden – was ohne politische Veränderungen bei Lehrplan und Schulplanung aber nur punktuell Wirkung zeigen wird.
- 19) Schüler: Politische Bildung muss eine wichtigere Rolle an den Schulen bekommen. Sie muss verpflichtend in der frühkindlichen Bildung ansetzen. Demokratie und Werteunterricht müssen ab der 5. Klasse Unterrichtsfächer sein – entweder über den Lehrplan in allen Fächern oder durch das Fach Gesellschaftskunde, ggf. auch über verpflichtende Rhetorikformate in Schulen.
- 20) Fernsehzuschauer: Demokratie muss immer wieder gelernt werden. Gerade in Ostdeutschland war es falsch zu glauben, durch die Deutsche Einheit seien nun alle Bürger Demokraten. Im Westen wiederum scheint ein Demokratiebekenntnis teilweise zur Floskel verkommen zu sein. Zudem ist Demokratiekritik schick geworden. Hier müssen die öffentlichen Anstalten anspruchsvolle, zugleich empathische und spannende Formate entwickeln – etwa eine niveauevolle „Sendung mit der Maus“ der politischen Bildung für Erwachsene, die kritisch, realistisch und ohne Schwarz-Weiß-Denken in Form von „Augenöffnern“ Demokratie und ihre Prozesse erklärt. Damit zeigt man auch, dass es keine einfachen Lösungen gibt, weil alle Entscheidungen auch nicht intendierte Nebenfolgen haben können. Ein Maß an Humor, Spannung und Kreativität sind nicht schädlich.
- 21) Geflüchtete: Sie unterscheiden sich wahrscheinlich wenig von der einheimischen Bevölkerung; auch bei ihnen gibt es gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Sexismus, Antisemitismus oder Rassismus. Sie haben wenig Erfahrung mit Zivilgesellschaft und Demokratie. Diese muss die politische Bildung vermitteln. Auch über Formate und Strategien, welche in vielen Einzelfällen schon umgesetzt werden, muss die politische Bildung nachdenken.
- 22) Aufsuchende politische Bildung mit analogen wie digitalen Angeboten: Politische Bildung

muss mit ihren Veranstaltungen noch stärker im Stadtteil oder auf dem Marktplatz ansetzen, im Dorfladen, bei Tafeln oder an Begegnungs-orten von Geflüchteten. Im Internet muss politische Bildung dorthin, wo viele (junge) Leute sind: in die sozialen Netzwerke. Versuche, die Jugend auf eigene Internetangebote zu locken, werden vermutlich scheitern. Zudem sollte die Ansprache so verändert werden, dass man Zielgruppen auch erreicht, ohne gleichzeitig zu verflachen.

23) Strategien der politischen Bildungsarbeit im Internet: Die politische Bildung muss passende Formate und Ideen entwickeln, um im Netz zu wirken – sonst übernehmen das andere. Die Frage ist: Wie kann politische Bildung in sozialen Netzwerken und mittels sozialer Interaktionen agieren, etwa durch Angebote von

Erklärtafeln, Texten und Bildern, die zudem in Kommentarspalten zur Diskussion verwendet werden können? Politische Bildung muss hier wohl schneller (Reaktionen auf aktuelle Debatten im Netz), innovativer (etwa über Youtube¹³⁹) sowie visueller und erklärender (Erklärtafeln) werden.

24) Stärkung der Zivilgesellschaft: Die Stärkung einer pluralistischen Zivilgesellschaft ist wenigstens in den Städten und in manchen Kommunen ansatzweise gelungen. Dies muss weiter intensiviert werden. „Wer sich die Frage stellt, wie es kommen konnte, dass ein paar Tausend Rechtsextreme eine stolze Stadt von einer halben Million Menschen einfach so übernehmen, zumindest symbolisch, der findet hier die Antwort: weil die bürgerliche Mitte Dresdens sie lässt.“¹⁴⁰



139 Die Bundeszentrale für politische Bildung plant etwa eine Offensive gegen die Radikalisierung über soziale Netzwerke mit bekannten Youtube-Akteuren

140 Eigenmann 2015.

Literatur

- Laurent Baumel: Populismus als Hilferuf, in: Ernst Hillebrand (Hrsg.), Rechtspopulismus in Europa, Bonn 2015.
- Liane Bednarz/Christoph Giesa: Gefährliche Bürger, München 2015.
- Kai Biermann/Paul Blickle/Sascha Venohr: Dürfen wir vorstellen: Die Freunde von Pegida, in: Die Zeit, 05.02.2015, siehe: www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-02/wer-ist-pegida-facebook-daten.
- Michael Bittner: PEGIDA und NSDAP – ein Vergleich, 13.10.2015a, siehe: <http://michaelbittner.info/2015/10/13/pegida-und-nsdap-ein-vergleich>.
- Michael Bittner: PEGIDA von Innen. Die Chronik „Spaziergänge über den Horizont“ von Sebastian Hennig, Dresden 2015b, siehe: <http://michaelbittner.info/2015/10/28/pegida-von-innen-die-chronik-spaziergaenge-ueber-den-horizont-von-sebastian-hennig/>.
- Heinz Bude: Die Koalition der Angst, in: FAZ, 17.09.2015.
- Heinz Bude/Ernst-Dieter Lantermann: Besorgt, beleidigt und zurückgesetzt (zur Psychologie der Islamophobie), in: Süddeutsche Zeitung 23.12.2014.
- Rene Cuperus: Das Versagen der selbstgerechten Etablierten, in: Berlins Republik 6/2014.
- Oliver Decker/Marliese Weißmann/Johannes Kies/Elmar Brähler: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin 2010.
- Uta Deckow: Pressefreiheit ja – solange es die eigene Meinung deckt, siehe: MDR, 05.10.2015.
- Christian Demuth: Die dringende Suche nach Alternativen. Folgen und Lösungen der Legitimationsprobleme der repräsentativen Demokratie und Defizite aktueller Alternativbewegungen“, in: Perspektiven ds 28 (2011): 9-38.
- Christian Demuth: Pegida und Verschwörungen, in: Berliner Republik 3/2015a.
- Christian Demuth: Demokratie ist keine Komfortzone, in: Frankfurter Hefte 12/2015.
- Wolfgang Donsbach: Warum sich jeder vierte Sachse nach einem starken Mann sehnt, in: Sächsische Zeitung, 20.11.2009.
- Dominique Eigenmann: Die missbrauchte Stadt, in: Tagesanzeiger, 21.11.2015.
- Serge Embacher: Die arbeitende Mitte in Ost- und Westdeutschland 25 Jahre nach dem Mauerfall, Ergebnisse einer qualitativen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2015.
- Peter Fahrenholz, 2010: Therapeut und Brandstifter, in: Süddeutsche Zeitung, 01.10.2010.
- Florian Finkbeiner/Julian Schenke/Katharina Trittel/Christopher Schmitz/Stine Marg, PEGIDA: Aktuelle Forschungsergebnisse, siehe: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/pegida-2016-studie>, eingesehen 01.02.2016.
- Lars Geiges/Stine Marg/Franz Walter: Pegida, Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft, Bielefeld 2015.
- Francesco Giammarco: Verschwörungstheorien: Wenn Politiker verleumdet werden, in: FAZ, 18.10.2015, siehe: www.faz.net/aktuell/verschwoerungstheorien-wenn-politiker-verleumdet-werden-13849907.html#GEPC; s30.
- Christoph Giesa: Die neuen Rechten – Keine Nazis und trotzdem brandgefährlich, Berlin 2015, siehe: www.bpb.de/apuz/212358/keine-nazis-und-trotzdem-brandgefaehrlich.
- Christophe Guilluy: Das periphere Frankreich: Soziologie und Geografie des Front National“, in: Ernst Hillebrand (Hg.), Rechtspopulismus in Europa, Bonn 2015.
- Dietrich Herrmann: Warum gerade Dresden, Dresden 14.01.2015, siehe: www.boell.de/de/2015/01/14/dresden-staat-zivilgesellschaft-pegida.
- Ernst Hillebrand: Die Irrtümer der Linken und die Suche nach der richtigen Antwort, in: Ders. (Hrsg.), Rechtspopulismus in Europa, Bonn 2015; vgl. Heinz Bude, Die Koalition der Angst, in: FAZ, 17.09.2015.
- Bernhard Honigfurth, Bachmann wettet wie üblich, in: Frankfurter Rundschau, 5.10.2015a.
- Bernhard Honnigfort: Ein Jahr Pegida – und es wird immer noch schlimmer, in: Berliner Zeitung, 14.10.2015b.
- Owen Jones: Prolls. Die Dämonisierung der Arbeiterklasse, 2012.
- Andreas Kalina: Erfolgreich. Politisch.Bilden, Faktensammlung zum Stand der Politischen Bildung in Deutschland (Konrad-Adenauer-Stiftung, Handreichung zur Politischen Bildung Band 4), Berlin 2014.
- Marcus Klöckner: Was ist eine Verschwörungstheorie und wann ist ein Verschwörungsverdacht glaubwürdig? in: heise.de, 06.09.2012, siehe www.heise.de/tp/artikel/37/37569/1.html.
- Hendrik Kranert-Rydzzy: Bürgertum verliert Scheu vor Extremisten, in: Mitteldeutsche Zeitung, 11.10.2015.
- Nadine Lindner: Von der friedlichen zur nationalistischen Revolution?, in: Deutschlandradio, 30.09.2015.
- Maria Löbbers: Dann kommt die Wut, in: Sächsische Zeitung, 17.11.2014.
- Robert Misik: Progressive Gegenstrategien gegen den Populismus, in: Ernst Hillebrand (Hrsg.), Rechtspopulismus in Europa, Bonn 2015.

- Tino Moriz und Oliver Hach: Ein Jahr Pegida: Dämmerung der Demokratie, in: Freie Presse, 14.10.2015.
- Chantal Mouffe: Das demokratische Paradox, Wien/Berlin 2010.
- Oliver Nachtwey: Rechte Wutbürger. Pegida oder das autoritäre Syndrom, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2015/3.
- Werner J. Patzelt: Was wurde aus Pegida? Dresden 2015, siehe: https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-mai-2015.pdf.
- Armin Pfahl-Traughber: Pegida – eine Protestbewegung zwischen Ängsten und Ressentiments, Berlin 2015, siehe: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200901/pegida-eine-protestbewegung-zwischen-aengsten-und-ressentiments.
- Jonas Reese: „Der meistgehasste Mann“. Schiefelage der Demokratie, in: Süddeutsche Zeitung, 12.05.2009.
- Karl-Heinz Reuband: Wer demonstriert in Dresden für Pegida? in: MIP 21 (2015): 133-143.
- Peter Richter: 1989/90, München 2015.
- Sophie Rohrmeier: Nervöses Ostdeutschland: Zwischen Hass und Hilfsbereitschaft, in: DNN, 8.10.2015.
- Dieter Rucht u.a.: Protestforschung am Limit, Berlin 2015b, siehe: www.wzb.eu/sites/default/files/u6/pegida-report_berlin_2015.pdf.
- Bernd Siegler: Auferstanden aus Ruinen, Berlin 1991.
- Anna-Maria Schielicke: Herbst in Dresden – Pegida im Spiegel ihrer Sprache, Dresden 2015, siehe: www.sehnsuchtsort.de/herbst-in-dresden-pegida-im-spiegel-ihrer-sprache/.
- Thomas Sparrer: Pegida ist schmerzliche Lehrstunde für die Demokratie, in: LVZ, 07.01.2016.
- Richard Stöß: Die „neue Rechte“ in der Bundesrepublik, Berlin 2007 siehe: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41435/die-neue-rechte-in-der-bundesrepublik
- Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäler: Wer geht zu PEGIDA und warum? Dresden 2015a.
- Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäler: Populismus, Ressentiment, Empörung, in: Sächsische Zeitung, 16.10.2015b.
- Heiko Weckbrodt: „Wir fühlen uns belogen und betrogen“, in: DNN, 05.06.2014.
- Andreas Zick/Anna Klein: Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer, Bonn 2014.
- Andreas Zick/Beate Küpper: Der Dreiklang um Wut, Verachtung und Abwertung, in: Melzer/Molthagen (Hrsg): Wut Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn 2014.
- Andreas Zick/Daniela Krause/Beate Küpper: Der Osten erhebt die feindselige Stimme?, in: Melzer/Molthagen (Hrsg): Wut Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn 2014.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Der Autor

Dr. Christian Demuth ist Referent in der Außenstelle Dresden des FES-Landesbüros Sachsen.

Das Projekt „**Gegen Rechtsextremismus**“ im Forum Berlin/Abteilung Politischer Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet kontinuierlich Veranstaltungen, Publikationen und Seminare zu aktuellen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sowie zu effektiven Gegenstrategien an.

In der Publikationsreihe „**Impulse gegen Rechtsextremismus**“ werden die Ergebnisse wichtiger Veranstaltungen zusammengefasst. Sie wird ergänzt durch „**Expertisen für Demokratie**“, die ausgewählte Analysen und Fachbeiträge zu aktuellen Fragestellungen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus bieten.

Die Reihe „**Im Wortlaut**“ dokumentiert herausragende Redebeiträge von Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Themenfeld Rechtsextremismus/Rechtspopulismus.

Wenn Sie bis jetzt noch nicht in unserem Verteiler sind und zukünftige Ausgaben der Reihe „Expertisen für Demokratie“ erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail mit Ihren Kontaktdaten an:
forum.rex@fes.de.

Mehr Informationen zur Arbeit der FES für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie unter:
www.fes-gegen-rechtsextremismus.de